

17. Februar

1/2022

www.landtag-mv.de





Titelfoto: Uwe Sinnecker

3	Gastkommentar	Frank Pubantz: „MV Werften, der schmerzhafteste Schnitt scheint unvermeidbar“.
4-25	AUS DEM PLENUM	
4	Regierungserklärung	Das Programm „Aufbruch 2030“
	Auszüge aus der Original-Debatte	
14	Aktuelle Stunde	Durchbruch beim Kurzarbeitergeld
16	Dringlichkeitssitzung	MV Werften / Dringlichkeitssitzung anlässlich Insolvenzantrag
18	Aus dem Plenum Berichte	Demonstrationsfreiheit / Ein hohes Gut und seine Grenzen Der neue PUA / Parlamentarischer Untersuchungsausschuss „NSU II/Rechtsextremismus“ beschlossen Landarztmangel / Keine zusätzlichen Medizin-Studienplätze in MV
25	Meldungen	Debatte über Umgang mit Steuereinnahmen Neue Regeln für Abgeordnete beschlossen Präsidium des Landtages Besonderer Ausschuss konstituiert Weniger Müll ins Meer Schweinepest soll Aufgabe nationaler Bedeutung werden Mitglieder der 17. Bundesversammlung bestimmt G 10-Kommission Kontrollkommission Mitglieder SOG-Gremium gewählt Neue Abgeordnete
31	Gesetzgebung	Laufende / Abgeschlossene Gesetzgebung
32-34	Aus den Ausschüssen	Ausschuss der Regionen: Europas Plan gegen den Krebs Finanzausschuss tagte kurz vor Weihnachten Neuer Vertreter im Landesjugendhilfeausschuss PUA NSU II / Rechtsextremismus
35	Panorama	Schon gewusst? Parlamentsdatenbank und Bibliothek des Landtages MV
36	Chronik	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Anna-Maria Leistner
 Referatsleiter: Julien Radloff

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen ist stellenweise nur die männliche Form verwendet.
 In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.
 Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.
 Redaktionsschluss: 17.01.2022

MV Werften: Der schmerzhafteste Schnitt scheint unvermeidbar



Frank Pubantz ist Chefkorrespondent der Ostsee-Zeitung.

■ Schockstarre in Mecklenburg-Vorpommern: Die MV Werften in Wismar, Warnemünde und Stralsund haben Insolvenz angemeldet, auch Konzernmutter Genting Hongkong ist in schwerer See. Betroffen: rund 2000 Beschäftigte, womöglich Tausende weitere bei Zulieferern, viele Familien. Mitendrin eine Landespolitik, deren Handeln weiterhin Fragen aufwirft.

rigens weit vor Corona. Seit dem Frühjahr 2020 dann eine Kette von Negativnachrichten. Komprimiert: Geldmangel, Lieferengpässe, Kurzarbeit. Genting, ein Konzern mit Wurzeln im Steuerparadies Bermuda, der sein Geld mit Glücksspiel und Tourismus verdient, brauchte Hilfe vom deutschen Staat. Diese kam über Darlehen. Das Risiko für Bund und Land stieg. Immer dann, wenn die Landesre-

Dass sich ein bei Industrie schwach aufgestelltes Bundesland an ein großes Unternehmen klammert, ist nachvollziehbar, vor allem wegen der vielen gut bezahlten Arbeitsplätze. Zur Wahrheit gehört auch: Schiffbau in Deutschland funktioniert fast nirgends ohne Hilfe des Staates. Irgendwann allerdings gab es wohl für das Land keinen Weg mehr aus der Argumentationsspirale. Die Finanzzusage – 78 Millionen – hat in der Tat Potenzial für Untersuchungen. Unterm Strich ist viel Steuergeld in Gefahr.

„ Geldmangel, Lieferengpässe, Kurzarbeit. „

Als Einwohner dieses Landes lernt man früh: Das Auf und Ab von Werften gehört hier zur DNA. Wer hat sich nicht alles versucht: Bremer Vulkan, Wadan, Kvaerner, P+S, Nordic Yards. 2016 dann der kollektive Freudentaumel in der Landesregierung: Asiaten von Genting kauften die drei großen Werften und wollten riesige Kreuzfahrtschiffe bauen. Kurz vor den Wahlen – Welch ein Geschenk! Und tatsächlich: Genting hielt Wort, investierte, baute erste Schiffe, lieferte schöne Bilder. Ministerpräsidentin und Minister strahlten darauf mit. Einer hielt eine Metalltafel in Form des Bundeslandes mit MV-Werften-Schriftzug in die Luft, als wäre er selbst CEO. Sternstunde politischen Glücks.

Aber die scheinbare Gesetzmäßigkeit der Werftenentwicklung kannte kein Erbarmen. Schon bald gab es andere Signale. Gewinnwarnungen bei Genting, Bauverzögerung auf den Werften – üb-

gerung Rückenwind brauchte, wurde der Landtag eingebunden. Das Parlament, eine Mehrheit, ließ sich schnell in die Verantwortung nehmen. Nach Regierungskontrolle sah das nicht aus. Mehr Kredit – schließlich eine Zusage an Genting: Bei Liquiditätsproblemen würde MV den global agierenden Konzern retten. Nicht die Werften! Das freilich sickerte erst spät durch. In geheimen Ausschusssitzungen oder gegenüber Journalisten. Im Hintergrund die Befürchtung, der mächtige Konzern Genting könnte klagen. Hat er dann ja auch – und wollte 78 Millionen Euro, die das Land (leichtfertig?) zusagte. Noch ist die Kuh nicht vom Eis.

Das alles muss erzählt werden, um Fragen zu verstehen: War es das alles wert? Warum der Dauer-Kniefall vor Genting? Gibt es Alternativ-Pläne? Was wird aus den 301 Millionen Euro Landesbürgchaften?

Blick nach vorn: Von Alternativen, einem Plan B, ist seit längerem in der Landespolitik für die Werften zu hören. Offshore-Plattformen, Behörden-Schiffe und mehr. Handelnde wissen dabei sehr wohl, dass politisch wenig vorbereitet, aber viel Zeit zur Umsetzung noch erforderlich ist. Zum Glück haben die Städte Stralsund und Rostock Pläne für Grundstücke. Womöglich ist das der Weg aus der Falle.

Aktuell bleibt das Daumendrücken, dass der Insolvenzverwalter der MV Werften für ein riesiges Kreuzfahrtschiff, die „Global Dream“, tatsächlich einen Käufer findet. Ein Genting-Schiff mit Genting-Maßstäben für den asiatischen Markt. Der schmerzhafteste Schnitt erscheint kaum vermeidbar. Ein Wunder gab es bis zum Redaktionsschluss dieses Textes nicht.

Frank Pubantz



Traditionell wird die erste reguläre Landtagssitzung einer Legislaturperiode mit einer Regierungserklärung eröffnet, so auch am 15. Dezember.

Foto: Jens Büttner

Regierungserklärung

Das Programm „Aufbruch 2030“

■ **Mittwoch, 15. Dezember:** Die letzte Sitzungswoche des Landtages 2021 ist zugleich die erste reguläre Sitzung der neuen Legislaturperiode. An ihrem Beginn steht die Regierungserklärung der frisch wiedergewählten Ministerpräsidentin Manuela Schwesig. Thema: Die Schwerpunkte der kommenden Regierungsarbeit der Koalition aus SPD und DIE LINKE. Überschriften hat diese ihr Programm mit „Aufbruch 2030“. Für diesen will die MV-Koalition in den kommenden fünf Jahren die Weichen stellen. Ziel sei es, den Dreiklang von Wirtschaft und guter Arbeit, sozialer

Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung weiterzuentwickeln. Es gibt ein zweites Thema, das durch seine Omnipräsenz auch diese Regierungserklärung prägt: Corona. Die Pandemie sei die „schwierigste Krise“ des Landes seit seiner Gründung, so Schwesig. Bei den Fraktionen stößt die Erklärung auf unterschiedlichen Widerhall.

Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin: Das Land aus der Pandemie zu führen, sei die drängendste Aufgabe ihrer Regierung, so Manuela Schwesig. Sie appellierte an die Eigenverantwortung

jedes Einzelnen und bedankte sich für die Solidarität der großen Bevölkerungsmehrheit. Im Wahlergebnis sieht sie eine klare Unterstützung ihres Regierungskurses. Klar sei auch, es sei das „gute Recht jedes Bürgers, [...] die Corona Maßnahmen zu kritisieren. [...] was nicht geht, sind Hass und Hetze. [...] Deshalb sind jede Drohung, jede Form von Gewalt, insbesondere gegen unsere Polizistinnen und Polizisten inakzeptabel und müssen mit aller Härte des Rechtsstaates bekämpft werden.“

Die Pandemie hat starke wirtschaftliche Folgen. Abmildern sollen diese

die Überbrückungshilfe IV, das erhöhte Kurzarbeitergeld, der MV Schutzschirm und die Neustartprämie für Kurzarbeiter. Über die Legislaturperiode hinaus will die Regierungskoalition „für eine gute wirtschaftliche Entwicklung, für einen starken sozialen Zusammenhalt und für den Schutz unserer Umwelt und Natur“ sorgen. Dafür müsse sich die „soziale Marktwirtschaft [...] weiterentwickeln zu einer sozialökologischen Marktwirtschaft, denn die Zukunft des Landes, die Zukunft für unsere Kinder und Enkelkinder liegt darin, dass wir uns wirtschaftlich gut entwickeln, dass wir einen sozialen Ausgleich haben, aber dass wir vor allem Umwelt und Natur schützen.“

Horst Förster (AfD) bezeichnete die Regierungserklärung als einen „Strauß blumiger, wohlklingender Versprechungen“. Der Dreiklang habe „mit der Realität wenig zu tun.“ Im sozialen Zusammenhalt sah er eine „Problemsäule“ und erklärte: „Inzwischen ist die Spaltung der Gesellschaft ein geflügeltes Wort.“ Vor allem vermisste er „ein einziges Wort dazu, was Sie auch falsch gemacht haben, zum Beispiel in Ihrer Corona-Politik.“ Er wünschte sich eine „Auseinandersetzung mit der neuen Volksgruppe der Ungeimpften“. „Eine tätigkeitsbezogene Impfpflicht“ könne noch als verhältnismäßig gelten. Dagegen sei eine „generelle Impfpflicht [...] verfassungsrechtlich schlechthin ausgeschlossen.“ Im MV Schutzfonds sieht er einen „milliardenschweren, schuldenfinanzierten Schattenhaushalt“. Die Energiepolitik kritisierte er und sagte: „Ihre ideologische Getriebenheit hält Sie davon ab, über eine Alternative, nämlich die Kernenergie, überhaupt erst einmal neu nachzudenken.“

Sebastian Ehlers von der CDU gab „eine Art Oppositionserklärung“ ab. Unter „Aufbruch 2030“ verstehe die CDU-Fraktion: „Weiter wie bisher, nur eben schlechter!“ DIE LINKE komme zudem „doch sehr gerupft aus den Koalitionsverhandlungen“. Fest machte er das unter anderem an der Zahl der Staatssekretäre in den Ministerien. Zur Bildungspolitik merkte er an: „Die SPD stellt [...] [seit langem] den Bildungsminister. Da stellt sich schon die Frage: Was stand denn bisher im Mittelpunkt

der Bildungspolitik, wenn nicht die Kinder und Jugendlichen?!“ Kritisch sah er die Rolle des bzw. der geplanten Sonderbeauftragten für den Verfassungsschutz und bedankte sich bei Landespolizei und Verfassungsschutz für deren Einsatz. Der MV-Schutzfonds solle „politische Lieblingsprojekte [...] finanzieren.“ Auf die Digitalisierung habe die Regierung „eigentlich keine Lust“. „Das gelte bei der „Funkmastenabdeckung, das gilt letztlich auch für andere digitale Themen.“ Fairness vermisste Ehlers beim „Umgang mit der Opposition“. So sei der Finanzausschuss „für die Opposition gar nicht mehr verfügbar“ gewesen.

Jeannine Rösler (DIE LINKE) stellte fest, „Aufbruch 2030“ [...] „bedeutet [...], das Land wirtschaftlicher, sozial gerecht und nachhaltig zu gestalten.“ Die Koalition stehe für gute Arbeit und gute Löhne. Das zeige auch die geplante Änderung des Vergabegesetzes. Arbeitsschutz und die Gesundheitsprävention sollen verbessert werden. Für Innovationen brauche es Risikokapital und weniger Bürokratie. Landesweit sei eine Mobilitätswende notwendig und die Landwirtschaft solle ökologischer werden.

Dr. Harald Terpe, Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erkannte das Gute in der Not: „[Sie] lässt die Betroffenen oftmals zusammenrücken und sich solidarisch verhalten. Dr. Terpe befürwortet Impfungen, sieht in Nichtgeimpften aber nicht pauschal Corona-Leugner. Mit Blick auf die Klimaziele wandte er ein, die „CO₂-Emissionen in MV sind seit 1990 unverändert.“ Notwendig sei daher das Abschalten des Rostocker Kohlekraftwerks oder eine geänderte Verordnung zum Ausweisen von Windeignungsgebieten. Waldschutz sei gut, wesentlicher aber der Schutz des Waldbodens vor zu intensiver Forstwirtschaft.

Der Fraktionsvorsitzende der FDP, **René Domke** stimmte der Einschätzung der Koalition zur epidemischen Lage zu. Er mahnte, Minderheiten nicht durch ein unbedachtes Wording auszugrenzen. Am Entstehen grüner Gewerbegebiete werde sich die Regierung „messen lassen müssen“. Kritisch beim Ausbau erneuerbarer Energien sieht er

die unzureichende Entwicklung von Speichertechnologien. Um den Wirtschaftsstandort MV attraktiver zu machen, erwartet er „deutliche[n] Standortoffensiven“ und eine „Kultur [...] des Ermöglichens.“ Beim FAG müsse man „evaluieren und nachsteuern“.

Diese Maßnahmen sind geplant:

Es sollen grüne Gewerbegebiete entstehen, erneuerbare Energien ausgebaut, bessere Löhne gezahlt und Spitzenforschung gefördert werden.

In der Gesundheitswirtschaft werden digitale Technik und die Telemedizin verankert. Alle Krankenhausstandorte im Land sollen möglichst erhalten werden.

Es soll mehr Lehrkräfte sowie Erzieher und Erzieherinnen geben. Schulsozialarbeit wird besser vergütet.

Für mehr Wald sollen fünf Mio. neue Bäume sorgen. Bis 2035 soll rechnerisch Strom aus erneuerbaren Quellen den gesamten Energiebedarf des Landes decken.

Kommunen sollen mehr Geld erhalten und „bei der Umsetzung der Beratung für Menschen mit Behinderung stärker“ unterstützt werden.

Ausgebaut werden die parlamentarischen Kontrollrechte gegenüber dem Verfassungsschutz durch einen Sonderbeauftragten bzw. eine Sonderbeauftragte.

Mit dem neuen Feiertag am 8. März hat MV vergleichbar viele Feiertage wie andere Länder. Der Internationale Frauentag steht für die Gleichberechtigung der Geschlechter.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:
 „Liebe Bürgerinnen und
 Bürger, machen Sie mit,
 mischen Sie sich ein!“

Foto: Jens Büttner



Der Landtag hat mich am 15. November erneut in das Amt der Ministerpräsidentin gewählt und ich möchte mich ganz herzlich für die Zustimmung und das Vertrauen bedanken. [...] Ich verspreche Ihnen, ich werde mit all meiner Kraft mich dafür einsetzen, dass unser schönes Mecklenburg-Vorpommern sich weiter gut entwickelt. [...] Und ich werde mich dafür einsetzen mit all meiner Kraft, dass unser Land zusammenhält, gerade und ganz besonders in schwierigen Zeiten.

Es ist mir deshalb eine große Ehre, heute hier eine Regierungserklärung halten zu dürfen mit einem Ausblick darüber, was die Pläne der Landesregierung sind und der neuen MV-Koalition für die nächsten fünf Jahre. Allerdings stellen wir auch die Weichen über die nächsten fünf Jahre hinaus, und deswegen ist unser Motto: „Aufbruch 2030“. Wir wollen Weichen stellen für dieses Jahrzehnt. [...]

Die allerwichtigste Aufgabe der Landesregierung ist zunächst, unser Land gut durch die Pandemie zu führen und unser Land aus der Pandemie zu führen. Das bleibt auch gleichzeitig die schwierigste Aufgabe. [...]

[...] Und es ist wichtig, über die Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns zu sprechen, zu debattieren und gemeinsam um den besten Weg zu ringen. Und für diese Zukunft unseres Landes hat unsere MV-Koalition einen Plan. [...] Unser Ziel ist der Dreiklang von Wirtschaft und guter Arbeit, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung. [...] Wir brauchen eine starke Wirtschaft mit guter Arbeit, guten Löhnen und am Ende dann auch guten Renten. Das ist soziale Marktwirtschaft.

*(lang anhaltender Beifall vonseiten
 der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)*

Und für das nächste Jahrzehnt und für die Zukunft unseres Landes muss diese soziale Marktwirtschaft sich weiterentwickeln zu einer sozialökologischen Marktwirtschaft, denn die Zukunft des Landes, die Zukunft für unsere Kinder und Enkelkinder liegt darin, dass wir uns wirtschaftlich gut entwickeln, dass wir einen sozialen Ausgleich haben, aber dass wir vor allem Umwelt und Natur schützen. [...]

In fünf Jahren soll es grüne Gewerbegebiete geben, in denen sich neue Unternehmen angesiedelt haben, Industrieunternehmen, die mit erneuerbaren Energien wertvolle Produkte herstellen. Beschäftigte in unserem Land sollen besser bezahlt werden auf der Grundlage verlässlicher Tarifverträge und mit guten Arbeitsbedingungen. Auszubildende und ältere Menschen werden für 1 Euro am Tag mit öffentlichen Verkehrsmitteln in ganz Mecklenburg-Vorpommern fahren können. In jedem Dorf, an jeder Milchkanne soll es Handyempfang und schnelles Internet geben.

*(Unruhe und Heiterkeit
 vonseiten der Fraktion der AfD)*

In unseren Schulen werden mehr Lehrerinnen und Lehrer arbeiten, in unseren Kitas mehr Erzieherinnen und Erzieher. Überall im Land werden junge Bäume gepflanzt, neue Bäume. [...]

Eine starke Wirtschaft bei uns im Land ist die Zukunft für unsere weitere Entwicklung. Und der Klein- und Mittelstand ist unser Rückgrat. Innovation und Digitalisierung in diesen Betrieben sind Aufgaben, bei denen wir helfen wollen. Wir werben weiter aktiv um Betriebe, die sich ansiedeln wollen [...].

Wir haben schon [...] früh auf erneuerbare Energien gesetzt. Für unsere Industrie in ganz Deutschland eröffnet sich gerade hier bei uns im Norden ein historisches Zeitfenster, denn die ganze Industrie in Deutschland muss klimafreundlich und klimaneutral werden. [...]

Die Wasserstofftechnologie muss weiterentwickelt werden, auch hier ist Mecklenburg-Vorpommern federführend. Saubere Industrie auf der Basis erneuerbarer Energien in grünen Gewerbegebieten, das ist unser Ziel. [...]

Und gleichzeitig stehen wir an der Seite von traditionellen Betrieben, zum Beispiel der maritimen Wirtschaft. [...] Die Zukunft der Werften ist wichtig für die industrielle und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Und deshalb bleibt es dabei, alles, was wir tun können, rechtlich und finanziell, werden wir für unsere Werften tun. [...]

Wir setzen auch weiter auf die strategische Entwicklung unserer Gesundheitswirtschaft – mit der nationalen Branchenkonferenz, mit dem Kuratorium Gesundheitswirtschaft. [...]

Eine gute Wirtschaft ist in einer sozialen Marktwirtschaft untrennbar mit guten Löhnen verbunden [...] Deshalb werden wir ein Faire-Löhne-Gesetz einführen. Wir wollen dazu das Landesvergabegesetz weiterentwickeln und dafür sorgen,

dass regionale und lokale Anbieter ihre Vorteile bei Ausschreibungen besser einbringen können. Und wir wollen diejenigen, die Tariflohn oder tarifähnlichen Lohn zahlen, besser berücksichtigen. [...]

Sehr geehrte Damen und Herren, [...] soziale Gerechtigkeit fängt mit der sozialen Teilhabe an...Mit der beitragsfreien Kita haben wir den Grundstein dafür gelegt, dass wir die größte Familienentlastung im Land haben und gleichzeitig es möglich ist, jetzt Erzieherinnen und Erzieher besser zu bezahlen, weil die Eltern nicht mehr belastet werden [...].

Eine ganz große bildungspolitische Herausforderung wird für uns die Sicherung der Fachkräfte im Schulbereich sein. Man kann über Bildung viel diskutieren, aber das Entscheidende ist, dass die Lehrerin und der Lehrer vor der Klasse sind, nicht vor der Klasse, sondern mitten in der Klasse [...].

Zu unserem Dreiklang „Wirtschaft, Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ gehört der Schutz von Umwelt und Natur. [...] Und wir haben ein klares Ziel: Mecklenburg-Vorpommern soll bis 2040 klimaneutral werden. Deshalb sind wir uns einig, dass Nachhaltigkeit das Prinzip unseres Regierungshandelns sein muss. Wir sind dem Zukunftsrat Mecklenburg-Vorpommern dankbar für seine Arbeit und seine Vorschläge, die wir in unsere Arbeit einbeziehen werden.

[...] liebe Bürgerinnen und Bürger, machen Sie mit, bringen Sie sich ein, mischen Sie sich ein! Ich als Ministerpräsidentin und die ganze neue Landesregierung sind bereit, das Land mit Ihnen gemeinsam zu gestalten [...].

(lang anhaltender Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und auf der Regierungsbank)

Horst Förster, AfD:

„Sie zeichnen ein paradiesisches Zukunftsbild und blenden aktuelle Probleme aus.“



Foto: Jens Büttner

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Liebe Landsleute! Frau Ministerpräsidentin, Ihre Regierungserklärung ist ein Strauß blumiger, wohlklingender Versprechungen [...] Das klingt harmonisch [...] und hat mit der Realität wenig zu tun. [...] In den letzten Jahrzehnten sozialdemokratischer beziehungsweise sozialdemokratisierter CDU-Herrschaft ist der Zusammenhalt der Gesellschaft immer bröcklicher geworden. [...] Das ist die Realität, die sich nicht schönreden lässt. Sie zeichnen ein paradiesisches Zukunftsbild und blenden aktuelle Probleme aus. [...] Ja, die Corona-Krise wird uns noch lange begleiten. [...] Zur Impfpflicht verhält sich die Regierungserklärung nur mit dem Hinweis, dass der Bundestag darüber in den nächsten Monaten diskutieren wird [...] Das ist dünn, sehr dünn. Hier hätte ich von der Ministerpräsidentin eine klarere Positionierung erwartet, insbesondere im Hinblick auf frühere Aussagen. [...] Zudem [...] eine generelle Impfpflicht den so oft beschworenen gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter zerstören wird. [...] Sie wollen Industrie ins Land holen und glauben, das mit einer ambitionierten Klimaschutzpolitik befördern zu können. [...] Wenn Sie das Land klimaneutral gemacht und dabei die Wirtschaft zugrunde transformiert haben, hat das auf das Weltklima null Auswirkungen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ihre ideologische Getriebenheit hält Sie davon ab, über eine Alternative, nämlich die Kernenergie, überhaupt erst einmal neu nachzudenken. Die Ministerpräsidentin bezeichnet den hohen Lehrkräftebedarf als eine der größten bildungspolitischen Herausforderungen [...] Dabei geht es langfristig vielmehr um die qualitativen Probleme.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

[...] Die Schulabgänger haben nicht die Fähigkeiten, die sie haben sollten und die von ihnen erwartet werden. [...] Sorgen Sie zunächst mindestens für die Sicherung einer Elementarbildung des Lesens, Schreibens und Rechnens! [...] Zur Gesundheitsversorgung führen Sie aus, für uns gilt hochwertige, erreichbare Angebote überall. Das klingt gut, ist aber eine Phrase [...] Wir sagen, es ist jetzt nicht mehr die Zeit zu reden, sondern zu handeln. [...] das wissen wir nicht erst seit Corona.

Sie versprechen den Erhalt der Gerichtsstandorte. Was für ein Versprechen! [...] Angebracht wäre eine Überprüfung der Strukturreform, die im Übrigen Ihre jetzige Justizministerin in der letzten Legislatur heftig bekämpft hat.

[...] Zum Schluss möchte ich aber noch ansprechen, was in der Regierungserklärung fehlt, aber nicht fehlen dürfte.

(Torsten Renz, CDU: Oha!)

[...] Kein Wort [...] trotz der aktuellen Krise an der polnisch-weißrussischen Grenze! [...] Wie wollen Sie mit Gefährdern und kriminellen Migranten umgehen? Wie steht es mit der Integration von Migranten in unserem Land? Wie wollen Sie den sozialen Brennpunkten und Parallelgesellschaften entgegensteuern? Kein Wort dazu aus naheliegenden Gründen. Das sind Themen, die Sie nicht bespielen wollen.

Ihre Regierungserklärung spiegelt die Taktik Ihres Wahlkampfes wider: über alles lächelnd hinwegsehen, dem Bürger das Gefühl geben, alles ist gut. Das [...] funktioniert auf Dauer nicht. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sebastian Ehlers, CDU:

„Zu einer funktionierenden Demokratie gehört auch eine starke und selbstbewusste Opposition.“



Foto: Danny Gohlke

Frau Präsidentin! [...] Meine sehr verehrten Damen und Herren! [...] Die Ministerpräsidentin hat heute für die neue Linkscoalition eine Regierungserklärung abgegeben. [...] Ein Punkt hat uns [...] überrascht: dass die Geschichte des Landes Mecklenburg-Vorpommern erst 1998 beginnt unter Rot-Rot. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)*

[...] ich glaube, diese historische Einordnung wird auch nicht ganz der politischen Lebensleistung der parteiübergreifend sehr geschätzten Sozialminister von 1990 bis 1998, [...] gerecht. Und von daher [...] teilen wir diese Einschätzung [...] nicht.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Marc Reinhardt, CDU: Jawoll!)*

[...] ich glaube, diese historische Einordnung wird auch nicht ganz der politischen Lebensleistung der parteiübergreifend sehr geschätzten Sozialminister von 1990 bis 1998, [...]

(Tilo Gundlack, SPD: Das ist ja das erste Mal.)

[...] Anders als etwa die AfD-Fraktion, die in der letzten Wahlperiode als konstruktive Opposition zumindest ein Totalausfall war, sehen wir unsere Rolle anders. Und auch DIE LINKEN sind ja eher dadurch aufgefallen in den letzten fünf Jahren, dass sie die Regierungsarbeit nicht ernstlich stören wollten [...]

Besondere Grüße [...], möchte ich an der Stelle nach Thüringen schicken an den ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Helmut Holter. Der wurde 2016 für 13,2 Prozent wegen Er-

folglosigkeit noch [...] nach Thüringen verfrachtet. Frau Oldenburg wiederum wird für 9,9 Prozent von ihrer Partei [...] mit einem Platz im Kabinett belohnt.

*(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Das tut weh. –
Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)*

[...] Ebenfalls muss DIE LINKE mit sich ausmachen, dass der Koalitionsvertrag viel warme Luft enthält, [...]. 77-mal will die Linkskoalition prüfen, 35-mal wird etwas fortgesetzt, 278-mal wird mit etwas weitergemacht und zusammen 39-mal wird bekräftigt und sich bekannt. Prüfen, fortsetzen, weitermachen, bekräftigen beziehungsweise bekennen – Aufbruch, meine sehr verehrten Damen und Herren, hört sich anders an!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Marc Reinhardt, CDU: Jawoll!)*

Es fällt schon auf, das vor allem die politischen Inhalte der LINKEN als Prüfanträge im Koalitionsvertrag gelandet sind. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Marc Reinhardt, CDU: Jawoll! –
Heiterkeit bei Jeannine Rösler, DIE LINKE)*

Und nicht nur inhaltlich, [...] auch personell und strukturell kommt DIE LINKE doch sehr gerupft aus den Koalitionsverhandlungen.

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Ach, Mensch!)

Am Ende sind anderthalb Ministerien übrig geblieben für DIE LINKEN. [...] Aus der Basis der LINKEN höre ich wenig Kritik, [...].

*(Torsten Koplín, DIE LINKE: Sie
haben ja das Ohr an unserer Basis.)*

[...]

(Heiterkeit bei Patrick Dahlemann, SPD)

[...]

Das Lieblingsspiel der Ministerpräsidentin, die Verantwortung bei der CDU [...] abzuladen, wenn sie nicht mehr weiterweiß, das hat jetzt ein Ende.

(Marc Reinhardt, CDU: Sehr gut!)

Wenn sie künftig Tritte unter dem Tisch verteilt, dann trifft womöglich die eigenen Leute. [...], wir haben in dem Land 15 Jahre Regierungsverantwortung getragen. Ich möchte mich an der Stelle bedanken – stellvertretend für alle auf unserer Seite – bei Jürgen Seidel, Lorenz Caffier, Uta-Maria Kuder, Henry Tesch, Harry Glawe, Katy Hoffmeister und Torsten Renz, die sich für unser Land eingesetzt haben, unermüdlich ihre Arbeit und ihre Pflicht erfüllt haben. Ganz herzlichen Dank für euren Einsatz!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

und Julian Barlen, SPD)

Jetzt, [...] tragen wir Verantwortung in der Opposition, denn zu einer funktionierenden Demokratie gehört auch eine starke und selbstbewusste Opposition. [...]

Und auch, wenn uns die Bekämpfung der Pandemie [...] noch viel abverlangt wird, die CDU freut sich darauf, in den kommenden fünf Jahren das schlechte Gewissen der Landesregierung zu sein. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Jeannine Rösler, DIE LINKE:

„Unser Ziel ist es, dass alle Kinder in unserem Land die gleichen Chancen haben.“



Foto: Jens Büttner

Frau Präsidentin! [...] Auch meine Fraktion dankt allen Menschen, die dazu beitragen, dass wir relativ glimpflich durch diese Pandemie kommen, die nun schon fast zwei Jahre andauert. Besonderer Dank gilt jenen Frauen und Männern, die in den Krankenhäusern, in der Pflege, in den Arztpraxen und Apotheken, in den Schulen und Kitas, an den Kassen der Supermärkte, aber auch in den Ordnungs- und Gesundheitsämtern, den Test- und Impfzentren tagtäglich Großartiges leisten.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)*

Danken will ich auch den Polizistinnen und Polizisten, die bei den Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen unter oft sehr schwierigen Bedingungen und in einer zum Teil sehr aufgeheizten Stimmung alles tun, damit nicht etwas passiert, was wir alle nicht wollen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Horst Förster, AfD: Auch bei den
Antifa-Demonstrationen, ja?!)*

[...] die rot-rote Koalition ist eine Koalition der guten Arbeit und guten Löhne. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, den Mindestlohn und das Kurzarbeitergeld anzuheben [...] Um unsere Verantwortung im Land wahrzunehmen und hier für bessere Löhne zu sorgen, wird das Vergabegesetz weiterentwickelt. Wir wollen, dass Beschäftigte, die öffentliche Aufträge erledigen, ordentlich bezahlt werden.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...] Auch was den Tourismus betrifft, als sehr wichtiges Standbein, ist immer noch viel zu tun. Er muss vor allem nachhaltiger werden. [...] Und neben der Verkehrswende muss die Energiewende auch bei uns schneller vorankommen [...] Es darf jedoch nicht länger so sein, dass gerade dort, wo besonders viel erneuerbare Energie erzeugt wird, die Preise am höchsten sind. Wir brauchen eine Energiewende, die natur- und umweltschonend ist, sie muss aber zugleich sozial und bezahlbar sein.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und DIE LINKE – Thore Stein, AfD:
Und wie wollen Sie das machen?)*

[...] Ganz oben auf der Agenda steht für meine Partei und Fraktion die soziale Gerechtigkeit. Es ist ein unerträglicher Zustand, dass Familien und Kinder in Armut leben. Das müssen und das wollen wir ändern. Unser Ziel ist es, dass alle Kinder in unserem Land die gleichen Chancen haben. Und deshalb setzen wir uns beim Bund für eine eigenständige Kindergrundsicherung ein [...] Wir brauchen mehr Personal in den Kitas, den Schulen und Berufsschulen. [...] Unser Bestreben ist es, dass alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Auch deshalb werden wir die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Mecklenburg-Vorpommern weiter voranbringen und verbindlicher gestalten. [...] Wir setzen mit dem 8. Mai, dem Internationalen Frauentag, als Feiertag mehr als nur ein Zeichen, und das ist genau richtig, solange Frauen nicht in allen Bereichen gleichberechtigt und gleichwertig anerkannt sind, zum Beispiel bei der Entlohnung.

*(Horst Förster, AfD: In allen Bereichen! –
Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)*

[...] Ein wichtiger Baustein im Kampf gegen die extreme Rechte wird der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zu militant rechten und rechtsterroristischen Bedrohungen sein. [...] Das wird für uns alle ein riesiger Kraftakt, denn es wird letztlich darauf ankommen, den Haushalt weiter zu konsolidieren und zugleich alles Erforderliche zu finanzieren. Wir müssen darüber hinaus präventiv wirken und handeln und klug in zentrale Bereiche wie die Bildung investieren, damit uns heutige Versäumnisse später nicht auf die Füße

fallen und wir dann doppelt und dreifach draufzahlen müssen. Heute bereits an morgen denken!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
„Wir müssen aufpassen,
dass wir die Zeit nicht
vertrödeln.“



Foto: Danny Gohlke

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sorglosigkeit des Sommers und Herbstes im Hinblick auf die fortdauernde Corona-Pandemie ist dahin. Vielleicht wächst auf allen Ebenen bei so manchem die Einsicht, dass es eher fahrlässig war, nicht auf die Vorhersagen und Warnungen reagiert zu haben und die Dinge stattdessen laufen zu lassen. Das betrifft sowohl den privaten Verantwortungsbereich als auch stärker, weil folgenschwerer, den öffentlichen und politischen. Gutes Regieren bedeutet nicht, nur die Lorbeeren zu ernten für gut Gelungenes, sondern auch der Verantwortlichkeit für Versäumnisse nicht auszuweichen. Niemand muss unfehlbar sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Gutes hat die Not doch: Es lässt die Betroffenen oftmals zusammenrücken und sich solidarisch verhalten, umso mehr, wenn sich Vorbilder und Personen der Öffentlichkeit so verhalten. Und deshalb sind wir Bündnisgrüne froh, dass sich die Mehrheit der Oppositionsfraktionen und die Regierungsfraktionen in einem vertrauensvollen Prozess zusammengefunden haben und auf die Pandemielage reagieren.

Wir [...] erhoffen uns eine Entlastung der Intensivmedizin. Letztlich hängt der kurzfristige Erfolg von der Disziplin von möglichst vielen Menschen in unserem Land ab bei der Ein-

haltung von Kontaktbeschränkungen und Hygienemaßnahmen. Vielen Dank dafür an alle, die sich daran halten!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] Nun zum Koalitionsvertrag, liebe Kolleginnen und Kollegen: Welche Ausgangslage bringt ihr in eurem Rucksack mit? CO₂-Emissionen in M-V sind seit 1990 unverändert. Für das Erreichen der Pariser Klimaziele ist es eher der schnelle, sofortige Beginn beim Abbau der CO₂-Last, zum Beispiel durch den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien oder das Abschalten des Kohlekraftwerks Rostock. Im Koalitionsvertrag kein Wort zur Notwendigkeit, dafür die Verfahrensweise bei Ausweisung von Eignungsgebieten zu verändern. Das kostet nicht mal etwas.

[...] So löblich der Plan ist, ein Klimaschutzgesetz M-V vorzulegen, 2023 werden wieder zwei bis drei Jahre vergangen sein, seitdem DIE LINKE in der letzten Legislaturperiode versucht hat, ein Klimaschutzgesetz zum Start für M-V zu setzen.

[...] Wind, Sonne, Land, Natur sind unsere Rohstoffe in M-V. Es ist eigentlich das erste Mal, dass M-V als rohstoffreich gelten kann.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Und es sind die energiegeladenen jungen Leute, die zum Aufbruch blasen. Diese Geschichte müssen wir erzählen und von den Chancen, die sich für uns ergeben, insbesondere, wenn man zur Avantgarde gehört. Wir müssen anpassen, dass wir die Zeit nicht verträdeln, während andere Regionen uns den Schneid abkaufen und energieintensive Ansiedlungen wegschnappen. [...] Natürlich begrüßen wir das Vorhaben, den Ökolandbau auf 20 Prozent in 2030 auszubauen. Wir hätten das Ziel 30 Prozent. Dazu scheint es aber erforderlich, die ersten zwei Jahre bei der Umstellung stärker zu unterstützen. Dazu habe ich im Koalitionsvertrag nichts gefunden.

(Zuruf von Michael Noetzel, DIE LINKE)

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

René Domke, FDP:

„Die Fraktion der FDP wird eigene Entwürfe einbringen.“



Foto: Jens Büttner

[...] in dieser Regierungserklärung heute ist nichts drin, [...] was nicht auch schon in der letzten Legislatur hätte umgesetzt werden können. [...]

In weiten Teilen kann die FDP-Fraktion der Einschätzung der epidemischen Lage zustimmen. Allerdings gibt es gerade hier auch sehr viel Kritik. [...] Ich warne ausdrücklich davor, wenn wir uns an Umfragen orientieren, [...] dann dürfen wir die 20 Prozent nicht ausgrenzen, die hier noch Bedenken haben, [...]. Wir müssen uns diesem Kraftakt stellen, diese Menschen mitzunehmen. [...] Dinge, die sich widersprechen, die müssen wir auflösen, [...].

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

[...] aber wir werden rein über Druck keine höhere Impfquote erreichen. [...] Bis 2035 soll rechnerisch der gesamte Energiebedarf durch erneuerbare Energien gedeckt sein. [...] das nützt [...] nichts, wenn wir nicht in den Speichertechnologien weiterkommen und [...] in dem entsprechenden Ausbau der Trassen [...]. Ein wichtigeres Signal erwarten wir auch mit deutlichen Standortoffensiven. [...] es braucht bessere Argumente, damit Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern sich gründen oder sich ansiedeln. [...] Wir brauchen eine schnellere Digitalisierung, wir brauchen endlich eine Kultur des Aufbruchs und vor allem des Ermöglichs. [...] Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt werden, und vor allem müssen auch die Förderkulissen im Land bedarfsgerechter ausgestaltet werden. [...] Sie haben dafür geworben, Urlauber sollen sich in Mecklenburg-Vorpommern wohlfühlen [...] Dort gab es [...] Situationen, wo Touristen auch ausgesperrt wurden, nicht einreisen durften, was auch der Branche stark geschadet hat. [...] Da müssen wir also definitiv einen anderen Weg beschreiben.

[...] vielen Gastronomen und Beherbergungsunternehmen wurde die Luft nahezu abgeschnürt. [...], wir unterstützen Sie da in der Forderung, Luft zum Atmen zu lassen, [...], wenn es denn ernst gemeint ist.

[...] das Thema Werften, da hätte ich mir deutlich klarere Worte in der Regierungserklärung gewünscht. [...] Dort haben Sie nur gesagt, wir werden alles tun, um die Werften zu unterstützen. Was heißt das jetzt? [...], wo ist die Transparenz in der Öffentlichkeit? [...] es wird einen Whatever-it-takes-Ansatz mit der FDP nicht geben. Da müssen klare Konzepte [...] klare Gutachten da sein. Wenn die Liquiditätshilfen jetzt schon aufgebraucht sind, [...] müssen Fragen zulässig sein, [...].

Das Thema „Rechtsstaat und Sicherheit“ [...] Polizei und Justiz als auch andere Verwaltungen haben einige der wichtigsten Kernaufgaben des Staates zu erfüllen [...] Hier gibt es [...] eine Menge aufzuholen, [...] und seien wir doch mal ehrlich, die Stellen bei der Polizei sind ja nur deswegen wieder aufzubauen, weil man sie vorher eben zurückgekürzt hat [...].

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

[...] Abschließend möchte ich die Einladung aufgreifen, das Land aktiv mitzugestalten, [...]. Die Fraktion der FDP wird eigene Entwürfe einbringen. Sie wird sich konstruktiv kritisch in das Regierungshandeln einmischen, und wir werden aber die Kontrollfunktion, [...] wahrnehmen. [...] Und wir werden [...] Zwischenergebnisse einfordern. [...]

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf die Oppositionsarbeit und ich freue mich auf die Zusammenarbeit. Wir haben fünf Jahre Zeit, das Land richtig voranzubringen. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP
und Sebastian Ehlers, CDU)*

Julian Barlen, SPD:

„Wir haben einen ganz klaren Auftrag erteilt bekommen, als stärkste politische Kraft.“



Foto: Jens Büttner

[...] Ich möchte [...] anfangen, [...] dass am 26. September [...] die Bürgerinnen und Bürger [...] wieder [...] die allgemeine, die unmittelbare, die freie und auch die gleiche und geheime Wahl hatten, wie es [...] in den nächsten fünf Jahren weitergehen soll. [...] Und dieses Wahlrecht [...] ist mutig erstritten worden [...].

[...], deshalb ist es ein hohes Gut, und es ist alles andere als selbstverständlich, dass wir [...] darüber diskutieren dürfen, in was für einem Mecklenburg-Vorpommern wir [...] zusammen leben, lernen, arbeiten, alt werden, uns engagieren und vor allen Dingen als Land erfolgreich sein wollen [...]. Und diese Regierungserklärung [...] hat [...] in [...] dieser Verantwortung [...] stattgefunden, und sie hat stattgefunden inmitten [...] der Corona-Pandemie, einer großen [...] Herausforderung [...]. Jedoch gerade auch mit Blick auf die Anfangsjahre [...] sind dies nicht die ersten und [...] einzigen großen Verwerfungen [...], mit denen die Menschen hier im Nordosten einen Umgang finden mussten [...] und [...] gefunden haben [...].

Und auch in diesen Zeiten haben die Menschen der neu erstrittenen Demokratie Vertrauen geschenkt, [...] eine Wahl getroffen und [...] sich für einen Kurs entschieden, wie man es zum Besseren bewegen kann. Und wir als SPD, erst unter Harald Ringstorff [...], dann unter Erwin Sellering und heute mit Manuela Schwesig, wir haben diesen Kurs [...] gehalten, für einen wirtschaftlichen Strukturwandel, aber sozial gerecht, für einen Abbau der Arbeitslosigkeit und für neue Arbeitsplätze in der Gesundheitswirtschaft, im Tourismus, bei den erneuerbaren Energien [...], in der Ernährungs- und in der Landwirtschaft, [...] für ein friedliches und [...] demo-

kratisches Miteinander [...], für einen soliden Haushalt, und das immer gemeinsam und im konstruktiven Austausch mit allen demokratischen Kräften dieses Landes. [...] das ist uns nie ohne Fehler und ohne Makel gelungen. Das hat übrigens auch nie jemand behauptet. Aber das war immer von dem Willen getragen, das Beste herauszuholen und aufzustehen, wenn es stürmt, [...] und dieses Angebot, dafür zu stehen, [...] das stand damals und [...] steht auch noch heute.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...] Wenn wir jetzt über den Start der neuen MV-Koalition sprechen und [...] die Vorhaben des Koalitionsvertrages [...], dann starten wir doch politisch und gedanklich nicht am Nullpunkt [...]. Wenn wir heute über den „Aufbruch 2030“ sprechen, dann sind wir in den letzten Jahrzehnten ein gutes Stück Weg miteinander gegangen. [...] und wir haben [...] vieles gemeinsam erreicht. Aber natürlich sind wir nicht am Ziel angekommen. Wir machen uns neu auf in die nächste Etappe. [...].

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Wohl niemand im politischen Raum [...] hat den Wählerinnen und Wählern vor der Wahl ein so klares, [...] verlässliches Angebot gemacht, wo diese Reise hingehen soll, wie Manuela Schwesig und die SPD.

(Zuruf von René Domke, FDP)

[...]

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD)

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...]

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Schöne Metapher!)

[...]

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

[...] diese [...] Klarheit

(Sebastian Ehlers, CDU: Hochmut kommt vor dem Fall!)

und die Zuverlässigkeit über Jahrzehnte hinweg [...],

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

die hat meines Erachtens [...] zu diesem klaren Bürgervotum am 26.09. geführt. [...] Es ist uns [...] eine Ehre, [...] die Interessen der Menschen überall im Land direkt vertreten zu dürfen und vor Ort verankert zu sein [...]

(Thore Stein, AfD: Oh!)

[...] Wir haben einen ganz klaren Auftrag erteilt bekommen, als stärkste politische Kraft [...] weiter dafür zu sorgen,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

dass sich unser Land verlässlich und gut entwickelt [...].

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

[...] das Ganze [...] inmitten der [...] größten Krise unseres Landes [...]. Und auch die [...] Glaubwürdigkeit und die Verlässlichkeit in dieser Pandemiebewältigung, die machen einen Unterschied.

(Beifall Horst Förster, AfD)

[...] ich finde es gut, dass wir einen gemeinsamen Weg [...] als demokratische Kräfte dieses Landtages wagen [...]. es geht nicht darum, dass man 20 Prozent einfach ausgrenzt. [...] Es geht darum, dass wir gemeinsam dafür werben, [...] dass der Weg aus den Einschränkungen [...] die Impfung ist. Und [...] dafür gibt es eine große Anzahl an Angeboten [...] und selbstverständlich sind wir an einer Seite, wenn es darum geht, Zweifel, Sorgen, die [...] auf vernünftige, kultivierte Art und Weise vorgetragen werden, auszuräumen. [...]

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

[...] und wir zeigen [...] klare Kante gegenüber denen, die hier ihren Hass und ihre Hetze auf die Straße treiben.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, DIE LINKE und
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...]

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

[...]

*(Sebastian Ehlers, CDU: Trotzdem spricht
ja nichts gegen eine Landtagsbefassung.)*

[...] auch jenseits von Corona müssen, wollen und werden wir uns um unser Land gut kümmern. Wir wollen die wirtschaftliche Kraft [...] weiter stärken, damit Arbeitsplätze entstehen, und zwar gute Arbeitsplätze mit fairen Löhnen. [...] Wir werden den sozialen Zusammenhalt [...] festigen, und deshalb [...] Familien und Kinder, [...] Jugendliche und [...] Senioren unterstützen. Und schließlich werden wir noch mehr tun für den Naturschutz und den Klimaschutz [...]. [...] dieser Dreiklang steht unter dem Stern solider Finanzen.

[...] weil man doch als seriöse, redliche, zuverlässige politische Kraft vor der Wahl sagt, was man nach der Wahl tut, [...] ist [...] die logische Konsequenz der vorliegende Koalitionsvertrag „Aufbruch 2030: Verantwortung für heute und morgen“. [...] Alle [...] Vorhaben [...], dienen nur einem einzigen Ziel, nämlich Mecklenburg-Vorpommern zum Wohle der Menschen stark, erfolgreich, lebenswert und zukunftsfest aufzustellen [...]. [...] und wir stehen [...] als Landtag, [...] als SPD-Fraktion in den Startlöchern, diese Vorhaben [...] gemeinsam umzusetzen.

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Aktuelle Stunde

Durchbruch
beim Kurzarbeitergeld

■ Das erhöhte Kurzarbeitergeld ist gesichert. Bis zu 87 Prozent ihres Nettoeinkommens können Familien in Mecklenburg-Vorpommern bis Ende März 2022 erhalten. Getroffen wurde diese Entscheidung in Berlin. Die SPD-Fraktion hat dieses Thema für die aktuelle Stunde beantragt. Die Opposition sieht die Neuauflage des im Frühjahr abgeschafften Kurzarbeitergeldes positiv. Ausreichend sei diese aber nicht. Es gebe Nachbesserungsbedarf.

Seit Beginn der Pandemie haben in MV etwa 30.000 Betriebe mit insgesamt 300.000 Beschäftigten Kurzarbeit beantragt, erklärte **Julian Barlen**, der als Vorsitzender der SPD-Fraktion die aktuelle Stunde eröffnete. Er sah darin einen „Lichtblick in einer erneut schweren Advents- und Weihnachtszeit“. Für die Verlängerung des erweiterten Kurzarbeitergeldes hatte sich MV auf Bundesebene eingesetzt. Mit den Überbrückungshilfen des Bundes wie der Neustarthilfe oder den Hilfen für die von den Absagen der Weihnachtsmärkte betroffenen Unternehmen ermögliche das erhöhte Kurzarbeitergeld Menschen und Unternehmen, durch diese schwierige Zeit zu kommen und eine Perspektive zu behalten. „Es sind [auch] die Cheffinnen und Chefs, die dieses Kurzarbeitergeld gebraucht haben [...], weil sie wissen, nur so verlieren sie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht.“ Eine dauerhafte Chance auf ein Ende der Krise biete aber nur eins, „das Impfen, das Impfen und das Impfen.“

Im Kurzarbeitergeld sieht Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** eine „wichtige Unterstützung“ für die Menschen im Land. Mit Beginn der Corona-Epidemie habe sie die große Sorge gehabt, „dass die Arbeitslosigkeit wieder in die Höhe schnellte“, die gute Entwicklung der vergangenen 30 Jahre kaputt gemacht werde. MV habe deshalb „mehr Wirtschafts-



Foto: Jens Büttner

Viele Branchen sind aufgrund der anhaltenden Pandemiebedingungen von Kurzarbeit betroffen.

hilfen gemacht als andere Bundesländer“. Insgesamt seien bislang 1,4 Mrd. Euro für kleine und große Unternehmen bewilligt worden. Das Kurzarbeitergeld diene auch der Fachkräftesicherung. Gerade in Branchen, in denen niedrige Löhne gezahlt werden, reichen 67 Prozent Kurzarbeitergeld nicht aus. Sie sei stolz, dass die Ministerpräsidentenkonferenz hier so schnell ein wichtiges Signal setzen konnte. Zusätzlich habe MV mit dem Bundesarbeitsministerium als einziges Bundesland die Neustartprämie entwickelt. Wenn Kurzarbeiter zurückkommen, können sie bis zu 700 Euro erhalten. „Mit 3 Millionen Euro haben wir 11.600 Beschäftigten [...] geholfen“.

Jens-Holger Schneider von der AfD-Fraktion sieht in dem Durchbruch „ein Eingeständnis des eigenen nun bereits monatelang anhaltenden Versagens.“ Das erhöhte Kurzarbeitergeld sei gut. Viele Empfänger müssten aber Steuern nachzahlen. Darauf hätte die Ministerpräsidentin vorher hinweisen müssen. Zudem greife die Erhöhung erst nach 4 Monaten. Die Corona-Politik des Landes, das Schließen vieler Weihnachtsmärkte, sei überzogen. Bei der Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge gebe es weiter erheblichen Nachbesserungsbedarf, berief sich Schneider auf den Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft. „Unternehmer, die Gewerbetreibenden und Selbstständigen, genau die, die das wirtschaftliche Rückgrat unseres Landes abbilden“, kämen nicht in den Genuss solcher Leistungen. Mit der Forderung



Foto: Uwe Sinnacker

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

nach „eine[r] Exitstrategie abseits des Impfens“ beendete Schneider seine Ausführungen.

Wolfgang Waldmüller von der CDU-Fraktion unterstützte die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes. Ein Durchbruch wäre dies nur dann gewesen, „wenn man die Maßnahmen vorher entschieden hätte, bevor die Unsicherheit [...] entstanden ist. Waldmüller sieht zudem Nachbesserungsbedarf. Seit dem 01.09.2021 müssen „umfassende Begründungen zur Unvermeidbarkeit der Kurzarbeit“ erfolgen. Das überfordere viele kleine Unternehmen. Insgesamt gebe es „nicht die Leistungen, die wir letztes Jahr hatten“. Beispielweise fehlen die November- und Dezemberhilfen.

Es sei „mehr möglich und wohl auch mehr nötig gewesen“, befand dagegen Henning Förster von der Fraktion DIE LINKE. Bei niedrigen Löhnen seien selbst 80 Prozent des Einkommens zu wenig. Man brauche „höhere Sätze beim Kurzarbeitergeld für bestimmte Berufsgruppen. [...] 100 Prozent für Mindestlohnbeschäftigte oder die Einführung eines



Fotos: Uwe Sinnecker

Julian Barlen, Vorsitzender der SPD-Fraktion



Abgeordnete der Fraktionen CDU, FDP und AfD

Mindestkurzarbeitergeldes in Höhe von 1.200 Euro.“ Vergleichbares gebe es in Ländern wie Frankreich oder Rumänien.

Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/Die Grünen) begrüßte, dass der Sozialstaat in der Lage sei, in der Krise zu helfen. „Eine bittere Pille ist, dass [...] die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung ab Januar nur noch zur Hälfte erstattet werden.“ Wie Wolfgang Waldmüller beklagte sie zudem die erforderliche Begründung für Kurzarbeit. Perspektiven fehlten ihr für Minijobber und Soloselbstständige.

Ebenfalls Kritikpunkte neben einem grundsätzlichen Lob fand **Sandy van Baal** von der FDP-Fraktion. Der „erforderliche Begründungswust“ sei aus Sicht

ihrer Fraktion gerade für die Gastronomie- und Kulturbranche entbehrlich. Die Wirtschaftshilfen und die Überbrückungshilfen III Plus sollten angepasst werden.

Auf die „Abweichung der prozentualen Beteiligung der Sozialversicherungskosten der Arbeitgeber“, die in der Debatte als verbesserungswürdig angesprochen worden war, nahm **Julian Barlen** Bezug. An ihn als Mitglied der antragstellenden SPD-Fraktion ging das Wort zum Abschluss der Debatte. „Sind das nicht in Wirklichkeit dann neu entstehende Fixkosten der Arbeitgeber, wo dann auch zu prüfen ist, inwieweit weitere Programme [...] anzuwenden wären? Dies werde man prüfen. Er verwies zur weiteren

Klärung auf Arbeitsminister **Reinhard Meyer**. Dieser bestätigte kurz die Annahme von Barlen und stellte klar, neu entstehende Fixkosten könnten „dann wiederum über die Überbrückungshilfe III bzw. IV zum größten Teil erstattet werden“.

Zum von Wolfgang Waldmüller beklagten überhöhten Antragsaufwand erklärte der Arbeitsminister, solche Fälle seien ihm bekannt. Man habe gebeten, „weniger bürokratisch bei der Antragsgenehmigung“ zu sein. Erforderlich bei der Beantragung seien vernünftige Begründungen wie ein Umsatzrückgang. Führe dies nicht zum Erfolg, empfehle sein Ministerium „erst mal Widerspruch einzulegen.“

Wer profitiert vom erhöhten Kurzarbeitergeld?

Für Beschäftigte mit mindestens 50 Prozent Kurzarbeit gilt ab 01.01.2022: Sie erhalten bis zu 70 Prozent ihres Nettogehalts ab dem 4. Monat Kurzarbeit. Haben sie Kinder, sind es 77 Prozent. Ab dem 7. Monat wird auf bis zu 80 Prozent ihres Gehalts aufgestockt. Wenn sie Kinder haben, auf bis zu 87 Prozent. Die Regelungen gelten derzeit bis zum 31. März 2022.

Quelle:
<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kurzarbeitergeld-1990690>



Fotos: Uwe Sinnecker

Am 13. Januar 2022 beriet der Landtag in einer Dringlichkeitssitzung über die Zukunft der MV Werften.

MV Werften

Dringlichkeitssitzung anlässlich Insolvenzantrag

■ Am 10. Januar stellte der Eigentümer der MV Werften einen Insolvenzantrag. Drei Tage später beschäftigte sich der Landtag mit diesem Schritt des Mutterkonzerns Genting Hongkong in einer Dringlichkeitssitzung. Die Abgeordneten befassten sich mit einem Bericht der Landesregierung sowie zwei Anträgen der Fraktionen des Landtages.

Auf Bitten von Landtagspräsidentin Birgit Hesse erhoben sich zunächst die Anwesenden von ihren Plätzen, um dem kürzlich im Alter von 65 Jahren verstorbenen Präsidenten des EU-Parlaments, David Sassoli, zu gedenken. In ihrer der Schweigeminute vorausgegangenen Rede würdigte sie David Sassoli als einen leidenschaftlichen Verfechter europäischer und humanitärer Werte.

Unter der Überschrift des einzigen Tagesordnungspunktes „Aktuelle Situation auf den MV Werften“ befassten sich anschließend die Abgeordneten mit einem Bericht der Landesregierung gemäß § 43 Nummer 3 GO LT und zwei Anträgen der Fraktionen des Landtages.

Die Aussprache zum Bericht der Landesregierung wurde mit einem interfraktionellen Antrag verbunden. Mehrheitlich angenommen haben die Parlamentarier den Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP „Erhalt von Arbeitsplätzen und Schaffung neuer Perspektiven für die von der Insolvenz betroffenen Standorte der MV Werften“, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, die Gründung einer Transfergesellschaft zu prüfen. Nicht durchsetzen konnte sich hingegen die AfD-Fraktion mit ihrem eigens eingebrachten Antrag „Zukunft der Werften sichern! Blaue Ozeane: Alternative Lösungen in die Fahrinne leiten“. Von der Besuchertribüne verfolgten Gewerkschaftsvertreter sowie die Betriebsratsvorsitzende und weitere Beschäftigte der MV-Werften das Sitzungsgeschehen.

Antrag der Fraktionen SPD,
DIE LINKE, B90/GRÜNE, FDP
Drucksache 8/261
Antrag der Fraktion AfD
Drucksache 8/260



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig



Nikolaus Kramer (Fraktionsvorsitzender der AfD)



Julian Barlen (Fraktionsvorsitzender der SPD)



Mit einer Gedenkminute gedachten die Abgeordneten des Landtages des verstorbenen Präsidenten des EU-Parlaments David Sassoli.



Wirtschaftsminister Reinhard Meyer

Fotos: Uwe Sinnecker



Mit Applaus wurden zwei neue Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE begrüßt.



Franz-Robert Liskow (Fraktionsvorsitzender CDU)



Der Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE, B90/GRÜNE und FDP „Erhalt von Arbeitsplätzen und Schaffung neuer Perspektiven für die von der Insolvenz betroffenen MV Werften“ erhielt die meisten Stimmen.



Jeannine Rösler (Fraktionsvorsitzende DIE LINKE)



Dr. Harald Terpe (Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



René Domke (Fraktionsvorsitzender FDP)

Inhalte des Antrages Drucksache 8/261

- I.** Feststellung des Landtages zur Bedeutung der maritimen Industrie für das wirtschaftliche Gesamtgefüge im Land
- II.** Solidaritätsbekundung mit den Beschäftigten und Aufforderung an die Landesregierung, den Wertstandorten im anstehenden Insolvenzverfahren eine wirtschaftliche Perspektive aufzuzeigen
- III.** Erwartung des Landtages, gemeinsam mit der Bundesregierung und dem Insolvenzverwalter Anstrengungen zu unternehmen, um noch eine Fertigstellung des Schiffes Global 1 zu erreichen und Bitte an die Landesregierung, alle Möglichkeiten zu sondieren, um für die Beschäftigten eine Auffanglösung in einer Transfergesellschaft zu finden
- IV.** Begrüßung der Initiative der Landesregierung, potentielle Investoren aus der Branche der Offshore-Windenergie zu gewinnen, Erwartung an die Bundesregierung, die Werften bei der weiteren Konzeption der Energiewende besonders zu berücksichtigen und für geeignete Rahmenbedingungen für Investitionen in große Offshore-Strukturen und Anlagen zu sorgen
- V.** Begrüßung des Vorschlags der Landesregierung, regionale Arbeitsgruppen mit dem Ziel zu errichten, die Fachkräfte an den Standorten und in der Region zu halten und ihnen neue Beschäftigungsperspektiven zu bieten



Foto: Uwe Sinnecker

Am 15. Dezember 2021 wurde über das Thema Demonstrationsfreiheit debattiert.

Ein hohes Gut

Die Demonstrationsfreiheit und ihre Grenzen

■ Am Abend des 6. Dezember protestierten etwa 400 Menschen in der Schweriner Innenstadt gegen die nach ihrer Auffassung zu harten Corona-Maßnahmen. Ziel des Demonstrationzuges war unter anderem die private Wohnung von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig. Einige Tage zuvor passierte Ähnliches im sächsischen Grimma. Gegner der Corona-Politik zogen mit Fackeln und Plakaten vor das Wohnhaus der Landesgesundheitsministerin. Als Reaktion auf diese Vorfälle brachten die Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP einen Antrag in die Landtagsitzung ein: Demonstrationenkultur schützen und stärken. Die Fraktion der AfD ergänzte diesen Antrag um einen Änderungsantrag. Anders als üblich verzichteten die den

Antrag einbringenden Fraktionen auf eine Begründung. Die Aussprache begann der Abgeordnete **Michael Noetzel** von der Fraktion DIE LINKE. Unerträglich sei es, wenn vermeintliche Spaziergänger vor den privaten Wohnhäusern von den Vertretern und Vertreterinnen aus Politik und Wissenschaft aufmarschierten. „Wir stellen uns solidarisch an die Seite all jener, die derzeit von Impfskeptikern, Coronaleugnern zum Feindbild erklärt werden.“ Widerspruch, Protest und Demonstrationen seien legitim und Teil gelebter Demokratie. Dass diese funktioniere, bewiesen zahlreiche obergerichtliche Urteile, die mitnichten alle Ideen der Politik abnickten. Seinen Dank an die Behörden verband er mit der Erwartung, „dass unsere Sicherheits- und Ordnungskräfte auch weiterhin Demonstrationen unter Corona-Bedingungen gewährleisten.“ Es möge individuelle Gründe für einen Überdruß gegenüber Corona-Regeln geben. „Es sind aber nicht die Maßnahmen, die unsere Demokratie bedrohen. Es sind die Aktionen einer kleinen, aber sehr lauten und daher leider auch sehr wirksamen Minderheit“. Den Blick auf die Auslastung der Kran-

kenhäuser richtete Innenminister **Christian Pegel**. Der limitierende Faktor dort sei der Faktor Mensch, nicht die Anzahl der Betten. „Wir wollen Diskussionen über die Maßnahmen. Demokratie hält das aus.“ Kein Verständnis habe er dafür, dass einige Wenige für sich in Anspruch nähmen, sie seien das Volk. „Schauen Sie bitte, mit wem sie gehen. Friedlich versammeln meint auch friedlich, auch Regeln einhalten und auch solche, die einem nicht gefallen, auch Hygieneregeln.“ Demonstrieren wolle man ermöglichen, aber denjenigen, die den Staat vorführen wollten, werde man klare Grenzen setzen.

„Allenfalls Selbstverständlichkeiten“ enthalte der Dringlichkeitsantrag, stellte **Enrico Schult** von der AfD-Fraktion fest. „Natürlich ist es völlig inakzeptabel, wenn Demonstranten vor den Wohnhäusern von Politikern demonstrieren.“ Die Aussage aus dem Antrag, „Das aktuelle Protest- und Demonstrationsgeschehen gibt [...] Anlass zu großer Sorge“, die „sei einfach falsch“. Dieses sei Ausdruck einer Demokratie. Bei den Demos seien „nicht überwiegend Coro-

na-Leugner“ gewesen. Es scheine, dass „ihnen die Kritik grundsätzlich nicht passt“, sagte Schult an die Regierungskoalition gewandt. Die Menschen seien verzweifelt und wollten, „dass der Staat eine Perspektive jenseits aller Verbote aufmacht“. Eigentlich brauche es keinen Dringlichkeitsantrag für Selbstverständlichkeiten. Die AfD habe deshalb das Streichen des zu Beginn zitierten Satzes beantragt. Vorbehaltlich der Zustimmung zu dieser Änderung trage man den Dringlichkeitsantrag mit.

Auf Artikel 8 des Grundgesetzes und dessen Grenzen verwies **Ann Christin von Allwörden** von der CDU-Fraktion. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit gehöre zu den Säulen einer demokratischen Grundordnung. „Aber: Die eigene Freiheit hat dort ihre Grenzen, wo sie die Freiheit anderer bedroht oder verletzt“. Es dürfe nicht sein, dass in Deutschland Menschen in öffentlichen Ämtern Angst haben müssten, ihre Meinung zu sagen und ihre Arbeit zu machen. „Niemand“ schließe das Recht auf Versammlungsfreiheit das Recht ein, andere zu bedrohen. Der Polizei müsse man deshalb „den Rücken stärken“, das sei eine Aufgabe im Parlament. „Wir alle müssen eine Spaltung der Gesellschaft verhindern. Mit unserem gemeinsamen Antrag wollen wir diesen Willen bekräftigen.“

Auch **Martina Tegtmeier** von der SPD-Fraktion wies auf die Grenzen der Grundrechte hin. Diese seien erreicht, wenn etwa der Schutz der Jugend, die Ehre von Personen oder die freiheitlich demokratische Grundordnung gefährdet seien. Viele Menschen in MV hätten Angst und „vertrauen wissenschaftlichen Aussagen nicht“. Aber Kontakte müssten

eingeschränkt werden. „Wir versuchen alles, um mit diesen Einschränkungen persönlicher Freiheitsrechte auch sehr abgewogen und vorsichtig umzugehen. Maßnahmen müssten verhältnismäßig sein und werden deshalb regelmäßig überprüft. Der Antrag der AfD sei abzulehnen, denn der Missbrauch der Demos durch rechtsextremistische Gruppierungen biete Anlass zur Sorge.“

Constanze Oehlich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN resümierte die vergangenen zwei Corona-Jahre. Verständlich sei, dass es da leidenschaftliche Diskussionen über die bestmöglichen Maßnahmen gäbe und Gebrauch von der Demonstrationsfreiheit gemacht werde. „Aber die Vorfälle [...] sprengen den Rahmen.“ Der gestellte Antrag enthalte die Spielregeln des demokratischen Zusammenlebens. „Ja zu Versammlungsfreiheit, Absage gegen Hetze, für Hygieneregeln und angemessenes Verhalten der Einsatzkräfte.“

Auf den Titel des Antrags „Demonstrationskultur schützen“, verwies **David Wulff** von der FDP-Fraktion. Der Änderungsantrag der AfD ziele in eine andere Richtung, „denn wir nehmen die Ängste der Bürger ernst“. Viele Maßnahmen seien „absolut nicht nachvollziehbar“ gewesen, beispielsweise der Ausschluss der Zweitwohnungsbesitzer von Reisen nach MV. Er selbst habe an zahlreichen Demonstrationen teilgenommen. Viele Proteste überschritten inzwischen das Maß der Zumutbarkeit. Er dankte allen Unterstützern und den Polizeibehörden. „Wir unterstützen Demonstrationskultur und lehnen Übergriffe und Gewalt ab.“

„Auch Danke sagen“, das will **Eva-Maria Kröger** von der Fraktion DIE LINKE. Und zwar denjenigen, die friedlich demonstrieren und sich „sehr klar von Rechtsextremen abgegrenzt haben“. Wer nicht wisse, wie das geht, könne Hilfe bekommen. Allein schon bei der Einladung zu einer Demonstration könne man klar machen, was man wolle oder hinterher, in der Öffentlichkeitsarbeit. „Gewalt ist kein Mittel der politischen Auseinandersetzung, darf es auch nicht sein.“

Das abschließende Wort hatte Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig**. Sie dankte den demokratischen Fraktionen



Abgeordnete der Fraktionen
BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und AfD
Foto: Uwe Sinnecker

für diesen Antrag. Die Demonstrations- und Meinungsfreiheit sei nur dann ein freies Recht, wenn alle „den Eindruck haben, [...] dass mit einer Demo nicht Angst und Bedrohung geschürt und die Freiheit anderer eingeschränkt wird.“ Es sei so, „dass auch die Ministerpräsidentin eine Bürgerin ist, ihre Familie es verdient hat, ruhig zu leben. Und es ist schwierig, wenn man den Kindern morgens sagt, bleibt mal nicht zu Hause, [...] weil man nicht weiß, wie und wo eine Demonstration endet.“ Tiefes Vertrauen habe sie in die Sicherheitsbehörden dieses Landes. Und sie sei dankbar, dass 1989 Menschen „ihr persönliches Wohl“ eingesetzt hätten, „dafür, dass wir in Frieden und Demokratie leben dürfen.“ Verständnis habe sie für die zweifelnden Menschen. Niemand, der in Verantwortung war oder ist, habe es sich leicht gemacht. Doch auch in einem Meinungsstreit dürfe man die „rote Linie“ nicht überschreiten. „Die muss immer dort sein, wo Gewalt und Bedrohung im Spiel sind.“

Der Antrag 8/160 wurde mit Stimmenthaltung der AfD ansonsten Zustimmung angenommen, der Änderungsantrag 8/164 wurde bei Zustimmung der AfD mehrheitlich abgelehnt.

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD,
CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 8/160
Antrag der Fraktion AfD
Drucksache 8/164

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Art 8

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.



Foto: Uwe Sinnacker

Am 17. Januar 2022 konstituierte sich der neue Parlamentarische Untersuchungsausschuss "NSU II/Rechtsextremismus".

Neuer PUA

Parlamentarischer
Untersuchungsausschuss
„NSU II/Rechtsextremismus“
beschlossen

■ Mit einem Zwischenbericht endete die Arbeit des ersten parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zum Nationalsozialistische Untergrund (NSU) im Sommer 2021. Nicht alle Zeugen konnten bislang gehört, nicht alle Akten bearbeitet werden. Die Fraktionen von DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wollen deshalb den Ausschuss neu einsetzen und haben dafür einen Antrag eingebracht. Anders als bislang soll der neue PUA auch militant rechte und rechtsterroristische Strukturen in MV betrachten. Die Aussprache war von zahlreichen Zwischenrufen geprägt. Der Antrag wurde angenommen.

Den Antrag begründete **Michael Noetzel** (DIE LINKE). Drei Jahre hat er „im Sekretariat des NSU-Untersuchungsausschusses gearbeitet [...]“. Die versprochene Aufklärung sei nicht vollständig erfolgt. Nun drohten „Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche Unterstützer/-innen zu verjähren [...]“. Er werbe deshalb auch bei der CDU darum, dem Antrag zuzustimmen. „Es darf keinen Schlussstrich unter den NSU-Komplex geben.“ Noetzel benannte zentrale Befunde des ersten NSU-Berichts. Demnach seien polizeiliche Ermittlungen vorurteilsbehaftet geführt worden. Behörden mangle es an interkultureller Kompetenz sowie an einer Fehlerkultur. Die Erkenntnisse, so Noetzel, hätten Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden. Aber noch sei vieles unklar, „unzählige Akten blieben ungeöffnet, 30 Zeugen wurden noch nicht gehört.“ Auch wurden „seit Mai 2021 [...] knapp 250 Aktenordner geliefert. Dazu [...] mehrere Gigabyte elektronische Datensätze, die alle nicht ausgewertet sind.“ Als Grund dafür machte Noetzel neben „fehlenden Prioritäten und entsprechenden organisatorischen Vorkehrungen“ ganz persönlich

auch fehlenden Respekt dem Untersuchungsausschuss gegenüber aus. Seine Antragsbegründung schloss Noetzel mit der für ihn wichtigsten Frage ab: „Was wussten die Behörden von diesem Treiben und wie sind sie mit diesem Wissen umgegangen. [...]“

Innenminister **Christian Pegel** bat im Anschluss als erster um das Wort. Er hält „eine Fortsetzung der Arbeit für dringend erforderlich“ und unterstützte den Antrag. Gefühlt sei es bislang nicht ganz optimal gelaufen. Eines sei ihm für die Zukunft wichtig: „Schuld ist etwas Individuelles, [...]. Verantwortung [...] hat oft etwas Kollektives, [...]“. Die inhaltliche Ausweitung des Untersuchungsgegenstandes über den NSU hinaus sei wichtig, um sich „ein Gesamtbild zu verschaffen.“ Pegel sieht drei Knackpunkte bei der Ausschussarbeit. Erstens, wenn „dritte Behörden“, beispielsweise Nachrichtendienste, Erkenntnisse haben. Zweitens, die immense Zahl auswertender Informationen, dies sei eine „Mammutaufgabe“. Den Personalmangel abzustellen, benennt Pegel als dritte Voraussetzung für ein Gelingen der Aus-

Fotos: Uwe Sinnecker



Die konstituierende Ausschusssitzung fand im Plenarsaal des Schweriner Landtages statt.



v.l.n.r.: René Domke (FDP), Paul-Joachim Timm

schussarbeit. An den CDU-Abgeordneten Christian Ehlers gerichtet, kündigte er an, in den Haushaltsverhandlungen „genau da auf Sie zu[zu]kommen“, um mehr hauptamtliches Personal für Verfassungsschutz, Polizei und andere zu ermöglichen.

Differenzierter sehe seine AfD-Fraktion diesen Antrag, so **Paul-Joachim Timm**. Er stellte die bislang gewonnenen Erkenntnisse den aufgewandten Steuergeldern gegenüber. Diese seien „eher mager“. Als Ursachen machte Timm neben dem bereits lange zurückliegenden Untersuchungszeitraum auch „die Zuarbeit des Innenministeriums“ aus. Einige Akten seien zudem „nicht nachvollziehbar geschwärzt [...] oder erheblich verspätet [...], andere „seien bis heute nicht geliefert worden“. Die Forderung nach letztgenannten Akten wolle die AfD-Fraktion als offenes Beweisbegehren nach Neueinsetzung des PUA wiederbeleben. Die AfD-Fraktion, so Timm, „sichere ihre Mitarbeit für den Untersuchungsgegenstand zu.“

Ann Christin von Allwörden (CDU), war Vorsitzende des ersten PUA. Sein erneutes Einsetzen begrüße sie. Die geplante Ausweitung dagegen sei ein Fehler. Um sich mit Rechtsextremismus auseinanderzusetzen, seien „Untersuchungsausschüsse nicht da.“ Es drohe eine Überlastung der Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden. Fehlendes Personal beim Verfassungsschutz sei ein von der CDU bereits lange beklagter Mangel. Zudem sieht sie den Verfassungsschutz unter Generalverdacht gestellt, wenn die „Tätigkeit der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden“ untersucht werden solle. Eine Äußerung, die Beifall von Seiten der AfD und laut in den Raum gerufenen Widerspruch von SPD und DIE LINKE hervorrief. Am wichtigsten sei es jetzt zu überprüfen, ob die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden für die Zukunft gut aufgestellt seien, nicht erst in fünf Jahren, so von Allwörden. Das vermisse ihre Fraktion im Antrag und werde sich deshalb enthalten.

Zwischenrufe begleiteten den Redebeitrag des SPD-Fraktionsvorsitzenden **Julian Barlen**. Folge waren zwei kurze Sitzungsunterbrechungen durch die Landtagsvizepräsidentin Beate Schlupp. Nach einem „Danke“ an Minister Pögel für dessen Worte widersprach Barlen der von der AfD aufgestellten Kosten- und Nutzen-Rechnung. Auch die Behauptung von Allwördens, der Verfassungsschutz werde unter Generalverdacht gestellt, sei ein „schädlicher

politischer Trick.“ Wogegen man sich wende, sei „falsch verstandener Korpsgeist“. Bereits der Zwischenbericht des PUA habe gezeigt, dass dessen Arbeit fortgesetzt werden müsse. Der erweiterte Antrag umfasse auch die Frage, wie sich rechtsextreme Strukturen bilden bzw. fortleben. „Das halte ich für genau richtig“, so Barlen.

Die Abgeordnete **Constanze Oehrich** von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wies darauf hin, nicht grundlos sei nur ein Zwischen- statt eines Abschlussberichtes vorgelegt worden. „Der geforderte Abschluss aller Zeugenvernehmungen“ wurde nicht erreicht. Die beantragte Erweiterung begrüße ihre Fraktion ausdrücklich.

Dem neu formulierten Antrag schließe sich auch die FDP „vollumfänglich an“, erklärte ihr Fraktionsvorsitzender **René Domke**. Die Untersuchung werde zeigen, welcher Reformbedarf für die Sicherheitsarchitektur bestehe, ob die länderübergreifende Zusammenarbeit gut geregelt sei und man auch „über europäische Kooperationen Strukturen schaffen müsse.“

Michael Noetzel als Abschlussredner bedauerte, dass die CDU als einzige Fraktion dem Antrag nicht beitreten wolle. Der Wunsch der CDU-Fraktion, einen Abschlussbericht „ohne irgendwelche Schlussfolgerungen“ zu erstellen, werde seiner Meinung nach „der Arbeit des ersten NSU-Untersuchungsausschusses [...] nicht gerecht.“

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 8/162 wurde mit Zustimmung der AfD und Gegenstimmen aller übrigen Fraktionen abgelehnt. Der Antrag auf Drucksache 8/80 wurde mit Stimmenthaltungen der CDU- und AfD-Fraktion angenommen.

Weitere Informationen zum PUA NSU II/ Rechtsextremismus finden sie auf Seite 26.

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP Drucksache 8/80 Änderungsantrag AfD Drucksache 8/162



Kliniken im ländlichen Raum suchen teilweise monatelang nach geeigneten Ärztinnen und Ärzten.

Landarztmangel

Keine zusätzlichen Medizin-Studienplätze in MV

■ Haben Sie schon einmal einen Haus- oder Facharzt im ländlichen Bereich MVs gesucht und vor allem: Haben Sie ihn auch gefunden? Falls ja, Glück gehabt. Es herrscht Landarztmangel. Bis zum Jahr 2030 gehen mehr als ein Viertel der Ärzte und Ärztinnen landesweit in Rente. Dieser absehbaren Versorgungslücke will die CDU mit ihrem Antrag „Mehr Studienplätze in der Humanmedizin schaffen“ entgegenwirken. Der sieht mindestens 200 zusätzliche Studienplätze in der Humanmedizin vor. Steigen soll zudem die Landarztquote von derzeit 7,6 Prozent auf 10 Prozent und die Stipendien für Arbeit im ländlichen Raum sollen verbessert werden. Der Antrag wurde abgelehnt.

„Immer mehr Praxen ohne Nachfolger“, zitierte **Katy Hoffmeister** (CDU) das Ärzteblatt vom 24. September 2020. Damit könne sie die Begründung des Antrags eigentlich schon beenden. Die Praxisbörse der Kassenärztlichen Vereinigung zeige den tagesaktuellen Bedarf bei der Praxisnachfolge an. Der Mangel sei klar erkennbar. „Und es ist kein neues

Phänomen.“ Die Situation verschärfe sich. Wie das Alter der Bevölkerung steige auch das der Ärzte. Ein Viertel werde bald in den Ruhestand gehen. In den Kliniken seien 300 Arztstellen unbesetzt. Dabei kämen in der Humanmedizin 60.000 Bewerbungen auf gut 11.000 Studienplätze. Die Nachfrage sei also groß. Nach Berechnungen des deutschen Ärztetages fehlten bundesweit 3.000 bis 5.000 Studienplätze, davon 200 in MV. Mehr Plätze allein reichten aber nicht aus, so Hoffmeister. „Als CDU war es uns ein besonderes Anliegen, das Landarztgesetz auf den Weg zu bringen.“ Denn „es braucht nicht immer einen Abiturdurchschnitt von 1,0, um ein guter oder sehr guter Arzt zu sein.“ Dieses Gesetz binde Studierende an MV. Nun müsse die Quote erhöht werden. Auch die Stipendienprogramme seien auszubauen. Mit diesen Themen habe sich die Enquete-Kommission „Zukunft der medizinischen Versorgung in MV“ in der vergangenen Legislaturperiode befasst. Von den Ergebnissen spiegele sich nichts beziehungsweise „nur unkonkretes im Koalitionsvertrag“ wider. Deshalb sei es der Fraktion wichtig gewesen, diesen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Aussprache beginnt für die Landesregierung die Ministerin für Wissenschaft **Bettina Martin**. Angespannt sei die Fachkräftesituation in MV und ganz Deutschland. Die Sicherung einer guten medizinischen Versorgung im Land sei wichtig. Deshalb „haben wir

bereits Schritte unternommen“, so Martin. Grundlage dafür sei die Arbeit der Enquete-Kommission. Nach vier Wochen im Amt überprüfe die Ministerin zunächst, „was alles hinterlassen wurde.“ Die geforderte Erhöhung von Studienplätzen sei für sie nicht die entscheidende Stellschraube. MV bilde „schon jetzt weit über Bedarf aus“ und zwar relativ gesehen fast doppelt so viel wie im Bundesdurchschnitt. Dies lasse man sich auch etwas kosten, nämlich ca. 180.000 Euro pro Platz und Jahr. Das Problem liege woanders, im zu geringen „Klebeffekt“. Es entschieden sich nach dem „Studium zu wenige [...] Ärztinnen und Ärzte, bei uns im Bundesland zu bleiben.“ Schritte zur Problemlösung habe es mit der Landarztquote bereits gegeben. Erstmals hätten sich in diesem Jahr 31 Studierende verpflichtet, 10 Jahre im ländlichen Raum zu bleiben. Die zulässige Vorabquote sei damit aber ausgeschöpft. Die dritte Forderung der CDU, das Stipendium fortzuführen, funktioniere nicht so gut. Der Antrag werde das Problem nicht lösen.

Paul-Joachim Timm (AfD) teilt die Einschätzung der CDU zur Fachkräftesituation grundsätzlich. Der von seiner Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode gestellte Antrag, rückkehrwilligen Ärzten bis zu 50.000 Euro Prämie zu zahlen, sei zwar im Ärzteblatt positiv erwähnt worden, im Parlament dagegen habe man ihn abgewiesen. Nun mache auch die Pandemie den Mangel deutlich. Der CDU-Antrag sehe vor, die

Landarztquote auf 10 Prozent zu heben. „So wäre man ohne Zweifel richtig unterwegs“. 200 Studienplätze mehr seien hilfreich. „Wir stimmen zu“.

„Mit dem Antrag [...] adressiert die CDU ein wichtiges Thema“, so **Christian Albrecht** (DIE LINKE). Er sei aber nicht geeignet, dieses Ziel zu erreichen. Das Problem sei, „wie sie ausgerechnet auf die 200 Plätze als Zielgröße kommen.“ Seine Fraktion hätte dazu im Landtag eine Analyse beantragt. Diese sei abgelehnt worden. Das Landarztgesetz sehe ein Überprüfen der Bedarfe vor. Dies stehe noch aus. Er selbst komme nur auf 60 bis 100 Plätze. „Das Augenmaß fehlt für mich hier in diesem Antrag“. Unklar sei zudem, ob nur einmalig 200 Plätze oder jedes Wintersemester 200 zusätzliche Plätze geschaffen werden sollten. Seine Fraktion wolle die Analysen abwarten und „aufgrund einer soliden Datengrundlage“ entscheiden. Den Antrag lehne seine Fraktion ab.

Das Stipendienprogramm auszubauen, hält **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) für gut. Allein, die 300 Euro derzeit im Monat seien ein „klägliches Betrag“. Wichtiger sei ein Verwurzen der Studierenden in ihrer Region. Im europäischen Vergleich gebe es in Deutschland keinen Ärztemangel, sondern ein

Verteilungsproblem. Notwendig sei eine „offene, ehrliche Debatte über die Gründe des geringen Interesses junger Menschen [...] an den Arbeits- und Lebensperspektiven in ländlichen Gebieten“. „Wir werden den Antrag ablehnen“, so Damm.

„Viel Richtiges“ sei gesagt worden, stellt FDP-Fraktionsvorsitzender **René Domke** fest. Da müsse man doch zueinanderkommen. Positiv beurteilt er die geplante Ausgestaltung der Zugangsmöglichkeiten zum Studium sowie die Stipendien. Solange andere Bundesländer 1.000 Euro böten, seien 300 Euro aber zu wenig. Seine Fraktion beantragt eine ziffernweise Abstimmung, den Punkten zwei und drei wolle man zustimmen.

Wenig abgewinnen konnte **Dirk Stamer** (SPD) dem Antrag. Merkwürdig fände er, dass „Sie nun das Handeln der Vergangenheit kritisieren, das Sie bis vor kurzem maßgeblich selbst mit verantwortet haben.“ Die Empfehlung der Enquete-Kommission, Absolventen enger an MV zu binden, habe Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden. „Das Thema der medizinischen Ausbildung [...] ist damit schon längst Thema des Regierungshandelns“. Das müsse zu einer Ablehnung des „Schaufensteran-

trages“ reichen. Nachfolgend wies er noch auf den im Bundesvergleich überdurchschnittlichen Anteil an Medizinstudierenden je 1.000 Einwohner hin. Den Ausbau des Stipendienprogramms hielt er für eine zu pauschale Forderung. Zunächst müsse das bestehende Programm evaluiert werden.

„Die Analyse des Sachverhaltes scheint bei uns allen angekommen zu sein.“ Unterschiede gebe es bei der Frage: „Und nun?“, stellte **Katy Hoffmeister** fest. Sie bat deshalb darum, den Antrag in den Ausschuss für Wissenschaft sowie in den Sozialausschuss zu überweisen. Dieser führe durchaus zu der von ihren Vorrednern geforderten engeren Bindung der Studierenden an MV. Dass 200 Studienplätze erforderlich seien, habe, für alle nachzulesen, der Deutsche Ärztetag im November festgestellt. Die Kostenfrage könne man im Rahmen des Doppelhaushaltes klären.

Die Überweisung des Antrags an den Wissenschafts- und den Sozialausschuss wurde abgelehnt. In Einzelabstimmung wurden alle drei Punkte des Antrags 8/104 abgelehnt.

*Antrag der Fraktion CDU
Drucksache 8/104*

Medizin studieren in MV

Rund 400 Studienplätze für Humanmedizin gibt es in MV. Sie verteilen sich auf die Universitäten Greifswald und Rostock.

Wie überall in Deutschland ist der Studiengang Humanmedizin zulassungsbeschränkt. Bewerbungen für das 1. Fachsemester sind ausschließlich über die Stiftung für Hochschulzulassung möglich. Vergeben werden die Studienplätze nach verschiedenen Quoten.

Zunächst gibt es eine sogenannte **Vorabquote**. Zehn Prozent der Studienplätze werden darüber vergeben. Wer etwa einen zugesagten Studienplatz aufgrund eines freiwilligen sozialen Jahres nicht antreten kann, wird im kommenden Jahr über die Vorabquote

berücksichtigt. Auch die Landarztquote fällt in diese zehn Prozent. Von ihr kann profitieren, wer nach dem Studium und der anschließenden Facharztweiterbildung für mindestens zehn Jahre in der hausärztlichen Versorgung in unterversorgten oder drohend unterversorgten Regionen oder Regionen mit sogenanntem lokalem Versorgungsbedarf in MV tätig wird.

Nun folgen die drei **Hauptquoten**. Über die **Abiturbestenquote** werden 30 Prozent der Studienplätze vergeben.

In der **zusätzlichen Eignungsquote (ZEQ)** sind es zehn Prozent. Berücksichtigt werden nur Kriterien, die unabhängig von Schulnoten sind und die einen Bezug zum Studiengang haben. In MV

ist dies der „Test für medizinische Studiengänge“ (TMS). Wartezeiten – und das ist neu – zählen ab dem kommenden Wintersemester nicht mehr.

Über das **Auswahlverfahren der Hochschule (AdH)** werden 60 Prozent der Studienplätze verteilt. Neben Abiturnote und TMS wird auch der (sehr gute) Abschluss einer fachspezifischen Berufsausbildung berücksichtigt. Maximal um 0,3 Punkte verbessert dieser die Abiturnote. Ab dem kommenden Jahr wird auch das medizinische Juniorstudium angerechnet. Hier gilt: Wer beispielsweise einen Kurs in Chemie, Anatomie oder Neurobiologie erfolgreich absolviert hat, wertet seinen Abiturnote um 0,1 Punkte auf.

Debatte zu Migranten

Situation an der belarussisch-polnischen Grenze beschäftigte den Landtag

■ **Anlass für die Anträge der CDU- sowie der AfD-Fraktion war die Situation an der belarussisch-polnischen Grenze. Deutschland und die EU werfen dem belarussischen Machthaber Alexander Lukaschenko vor, organisiert Menschen aus dem Nahen Osten über Polen, Litauen und Lettland in die EU zu schleusen. Sie sehen darin eine Vergeltungsaktion für europäische Sanktionen. Die AfD-Fraktion forderte nun, „Illegale Migration stoppen: Solidarität mit Polen“. Titel des von der CDU-Fraktion eingebrachten Antrags ist: „Migration ordnen, steuern und begrenzen – Lukaschenko stoppen, die europäischen Außengrenzen schützen und humanitäre Hilfe leisten.“**

Jan-Phillip Tadsen, AfD-Fraktion: „Lukaschenko hat die im Sommer von ihm angekündigte Migrationswelle dramatisch eskalieren lassen.“ Ohne einen Schutz der Außengrenzen „droht der Anfang vom Ende dieser Europäischen Union.“ „Eine humane Rückführung bleibt die einzig konsequente Antwort auf die Kriminalität der Schlepper und den Missbrauch von Lukaschenko [...]“ Der Ministerpräsidentin und Minister **Pegel** warf er „[S]chweigen zu den Herausforderungen Polens an der Grenze“ vor. Dies gefährde die Abwehr der „bewusst inszenierten Migrationskrise.“ Es befänden sich laut Medienberichten 7.000 Migranten in Weißrussland. Polen habe 15.000 Soldaten an der weißrussischen Grenze stationiert, andere Länder hätten Soldaten zur Unterstützung der polnischen Regierung geschickt. Die Landesregierung forderte er auf, wenn sie einsehe, „dass offene Grenzen auf Dauer unseren Sozialstaat gefährden, [...] dann müsse[n] auch Sie [...] die notwendigen Schritte unternehmen.“ Die AfD-Fraktion forderte, sich auf Bundesebene „dafür einzusetzen, umfassende Zurückweisungen von illegal nach Deutschland einreisenden Per-

sonen [...] zu ermöglichen“. Zweitens die „Landespolizei“ im „Grenzraum zu Polen situationsbedingt [...] einzusetzen“. Drittens, sich „hinter die Grenzschutzmaßnahmen“ Polens zu stellen. „Frau Merkel behauptete seit 2015 gebetsmühlenartig, dass man Grenzen wie die in Deutschland nicht schützen kann. Unser Nachbar Polen zeigt, das genaue Gegenteil stimmt.“

Für die CDU-Fraktion sprach **Ann Christin von Allwörden**. „Unser Antrag hat eine lange Überschrift, aber jeder Punkt darauf ist wichtig“. Außenpolitik sei Bundessache. Der Landtag könne die Landesregierung nur auffordern, den „Gesetzesvorschlag der EU gegen Menschenhandel und Schleuserkriminalität“ zu unterstützen. Zudem gelte, dem „Vorschlag der EU ist zu folgen, Staaten und Luftfahrtunternehmen, die an der Migrantenschleusung mitwirken, [...] zu sanktionieren“. Herkunftsländer sollten von der Unterstützung von Schleusungen abgehalten und Polen „die größtmögliche Hilfe bei der Bewältigung des Migrationszustroms und der Sicherung der EU-Außengrenzen erhalten“.

Es habe „offenbar das Bemühen der belarussischen Regierung gegeben, über einen Druckpunkt [...] politische Zugeständnisse zu erlangen“, reagierte Innenminister **Christian Pegel** von der SPD-Fraktion. Dass die EU dagegen Bekennnis abgebe, sei richtig. Habe es im August 2021 noch 1.800 deutsch-polnische Grenzübertritte gegeben, seien es im November nur 270 gewesen. Die Zahl der Asylanträge sei von 19.000 im Jahr 2015 auf nun unter 3.000 gesunken. Dies sei das Ergebnis des „sehr klaren und konsequenten und gemeinsamen Handelns“ der EU. Diese habe Weißrussland, den Herkunftsländern und den Fluggesellschaften wirksame „Signale gesendet“. Wunsch der AfD-Fraktion sei es, das Auswärtige Amt möge Gespräche führen mit Herkunfts- und Transitländern. „Das tut es seit Längerem“. Auch habe die EU-Kommission die Unterstützung durch Frontex angeboten. Beide Länder hätten darauf verzichtet. „Wir haben keine offene Grenze, weder EU-Außengrenze noch unsere eigene.“ Der Verweis der AfD-Fraktion auf die frühere Bundeskanzlerin verwechsle

„Ursache und Wirkung.“ Lukaschenko habe einen „Erpressungsdeal“ versucht und sei gescheitert. In der EU regele die Dublin-Vereinbarung, dass „Menschen, die die Grenze übertreten haben, zunächst von uns in eine Erstaufnahmeeinrichtung gebracht werden“. Die Forderung der AfD verstoße gegen europäisches Recht. Er gehe davon aus, die EU handle längst wie in den Anträgen vorgeschlagen. Daher reiche moralische Unterstützung. Der AfD Antrag sei teilweise „schlicht Aufforderung zu rechtswidrigem Handeln“.

Polens Priorität sei nicht „humanitäre Hilfe [...], sondern Grenzschutz“ so **Anne Shepley** von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Illegale Praktiken wie Pushbacks würden eingesetzt“, entgegen der „von Polen 1951 unterzeichneten Genfer Flüchtlingskonvention und den EU-Richtlinien.“ Der Antrag der CDU sei „unmenschlich“. Der Begriff „illegale Migration“ stigmatisiere. Die von der CDU benannten Asylbewerberleistungen „sind durch richterliche Entscheidung an das Arbeitslosengeld II gekoppelt und nochmals reduziert.“ Ihre Fraktion lehne beide Anträge ab.

Martin Schmidt von der AfD-Fraktion wandte durch eine Kurzintervention ein, er verstehe nicht, dass Shepley die legale Visa-Vergabe Lukaschenkos ablehne, sich aber über das Wort illegale Migration beschwere. Die Visavergabe diene allein dazu, den „Druck auf die Europäische Union über die polnische Grenze zu erhöhen“, erwiderte Shepley. Weltweit seien 82 Millionen Menschen auf der Flucht. Die EU brauche eine funktionierende Flüchtlingspolitik.

„Die Ablehnung des AfD-Antrages [...] möchte ich kurzfassen“, so **Michael Noetzel** von DIE LINKE. Die humanitäre Katastrophe nutze die AfD als innerparteilichen Kitt. Die CDU-Fraktion dagegen solle „mit der Papst-Kritik in Klausur [...] gehen.“ „Wer der Flüchtlingskonvention verpflichtet ist, der lässt keine Menschen frieren, hungern, sterben“. Seine Fraktion werde einem Aufweichen des Asylrechts nicht zustimmen.

Hier brachte sich die AfD, vertreten durch **Horst Förster**, mit einer Zwischenintervention ins Spiel. Die Migra-

tion von „82 Millionen Menschen [...] zerstört jede Gemeinschaft.“ Noetzel erwiderte: „Wir brauchen deutlich mehr Menschen in Deutschland, um diese Gesellschaft am Leben zu erhalten“.

David Wulff (FDP) bemühte sich um Klärung. „Migrationsströme [dürfen] kein politisches Druckmittel sein.“ Viel sei Angelegenheit von Bund und EU. „Aber als Land haben wir [...] mit einer Erstaufnahmeeinrichtung [...] die Möglichkeit [...] die Leute, [...] erst mal würdig zu empfangen, [...]“ Die „Kommunen an der Grenze“ könne man unterstützen. Die Anträge gingen in „völlig andere Richtungen.“ Den Antrag der AfD lehne man ab.

Beide Anträge werde man „aus tiefster Überzeugung ablehnen“, sagte **Martina Tegmeier** von der SPD-Fraktion. Herr Tadsen verdrehe „Ursache und Wirkung“. Gäbe es offene Grenzen, dann wäre „dieser Druck an der Grenze ja überhaupt nicht da.“ Das „Einrichten dieser sogenannten Sicherheitszone“ laufe europäischen Prinzipien zuwider. Die Forderungen der CDU seien „teilweise in der Umsetzung“. Die geforderten Zurückweisungen an der polnischen Grenze halte sie für bedenklich.

Zurückblickend auf die Redebeiträge, erklärte **Jan-Phillip Tadsen** von der AfD, für ihn sei der Verzicht auf eine Auseinandersetzung mit der AfD-Fraktion durch Noetzel „ein absolutes Armutszeugnis“. Zudem würden in Polen, laut eigener, nicht näher benannter Kontakte, die an der Grenze festgestellten Personen „in aller Regel freiwillig direkt nach Weißrussland selber“ zurückkehren. Wichtig sei, „den Rechtsstaat durchzusetzen“.

Auch die CDU-Fraktion nimmt zu den Ausführungen rund um ihren Antrag Stellung. Zum Antrag der AfD-Fraktion sagte **Ann Christin von Allwörden**: „Den brauche niemand.“ DIE LINKE habe kein Wort zu Lukaschenko verloren. Das sei eine „schwache Leistung!“ Den Grünen warf sie Ideologie- statt Sachpolitik vor und die SPD habe sich an der Bundesgesetzgebung gestört. Das sei „fatal“. Dank ging an die FDP für den „wirklich konstruktiven Wortbeitrag“.

Bei der Abstimmung wurden der Antrag der AfD auf Drucksache 8/94 sowie der Antrag der CDU auf Drucksache 8/102 und der dazugehörige Änderungsantrag abgelehnt.

Antrag AfD-Fraktion Drucksache 8/94
Antrag CDU-Fraktion Drucksache 8/102
Änderungsantrag der AfD-Fraktion
Drucksache 8/158

Meldungen

Debatte über Umgang mit Steuereinnahmen

■ Coronabedingt nimmt das Land weniger Steuern ein als üblich. Wieviel weniger das sein wird, darüber gehen die Meinungen der Fraktionen auseinander. Im Mai 2020 lag das Minus für den Zeitraum 2020 bis 2024 laut Steuerschätzung noch bei 2,6 Milliarden Euro. Die aktuelle Schätzung vom November 2021 prognostiziert dagegen nur 269 Millionen Euro verminderte Einnahmen. Im Nachtragshaushalt aus dem Jahr 2020 war man dementsprechend von noch geringeren Einnahmen ausgegangen, als sie nun laut Steuerschätzung erwartbar seien, so Marc Reinhardt von der CDU-Fraktion. Dementsprechend sehe der Doppelhaushalt 2022/23 deutlich höhere Ausgaben vor als der vorherige, nämlich 1,17 Mrd. Euro. Aus diesem Umstand leitet die CDU zweierlei ab. Es sei erstens richtig gewesen, mit dem Nachtragshaushalt Kreditermächtigungen von insgesamt 2,85 Milliarden Euro zu verabschieden. Zweitens solle man nun, aufgrund der verbesserten Lage, diese nicht in voller Höhe nutzen. Mit den Mehreinnahmen solle zudem der Haushalt ausgeglichen werden.

Bei pandemiebedingten Einbußen wolle die CDU aber weiterhin Wirtschaft und Kommunen unterstützen. Zudem solle die Nettokreditaufnahme für das Sondervermögen „M-V Schutzfonds“ sinken. Das gelte auch für die Entnahme aus dem ungebundenen Bestand der Ausgleichrücklage. Eine reduzierte Zins- und Tilgungslast würde dann zukünftige Haushalte entlasten.

Die anderen Fraktionen teilten den Optimismus der Steuerschätzer nicht. Die Prognose berücksichtige nicht das Wiederaufflammen der Pandemie. Zudem müsse das Land vorangebracht werden, da sind sich alle einig. Erforderlich sei außerdem Geld für Zukunftsausgaben – Welche das sind, darüber gehen die Meinungen auseinander. Investitionen in Wasserstoff werden als Beispiel genannt, eine Transformation der Wirtschaft, grüne Gewerbegebiete oder eine CO²-freie Ostsee. Sparen will zumindest Finanzminister Dr. Heiko Geue dennoch. Es solle strukturelle Einsparungen geben. Der Antrag wurde bei namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 8/105

Neue Regeln für Abgeordnete beschlossen

■ Kostenpauschalen, gendergerechte Sprache, Altersversorgung, Abzüge für unentschuldigtes Fehlen und Pfändbarkeit von Abgeordnetendiäten – in diesen Bereichen haben sich die Abgeordneten neue Regelungen gegeben. Mit dem Beginn jeder Wahlperiode prüfen die Abgeordneten, was im Abgeordnetengesetz nicht mehr zeitgemäß ist. Den Änderungsbedarf hatten die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP mit einem gemeinsamen Gesetzentwurf eingebracht. Hinzu kam noch ein gesonderter Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung. Besprochen wurde diese bereits in einem vorläufigen Ausschuss. Am ersten Sitzungstag gab es deshalb auch bereits eine Beschlussempfehlung zur Änderung der Verfassung und den Entschluss, die geschlechtergerechte Sprache zum Gegenstand der Änderung des Abgeordnetengesetzes zu machen. Dies erforderte große inhaltliche Umstellungen, denn nunmehr war nicht mehr allein die Änderung des Abgeordnetengesetzes maßgeblich. Vielmehr musste das gesamte Gesetz in allen Paragraphen und Anlagen umgestaltet werden. Dies ist dann Gegenstand einer weiteren Beratung gewesen.

In der Aussprache bezogen sich die Fraktionen hauptsächlich auf die Ange-

messenheit der Abgeordnetenentschädigung, die Frage nach der Pfändbarkeit sowie die Überführung des gesamten Gesetzes in eine gendergerechte Sprache.

Die Kostenpauschalen der Abgeordneten werden angepasst und Constanze Oehlich von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zählte auf, der Antrag „sieht eine Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung von 5.749,22 Euro auf 6.466,30 Euro, eine Erhöhung der Pauschale für allgemeine Kosten von 1.500 auf 2.000 Euro, eine Erhöhung der Kostenpauschale für Ausschussvorsitzende von 400 Euro auf 600 Euro und eine Erhöhung der einmalig zu zahlenden Kostenpauschale für die Ausstattung von Büros der Abgeordneten von 2.550 Euro auf 3.500 Euro vor.“

Die Entschädigung der Abgeordneten orientiert sich an der Richterbesoldung, erklärt Sebastian Ehlers von der CDU-Fraktion. „Einmal auszusetzen“ mit den jährlichen Erhöhungen der Abgeord-

netenentschädigung, das hätten sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gut vorstellen können. Man habe dafür aber keine Mehrheit gefunden. Die FDP begrüßte, dass die Abgeordneten die Höhe der Diäten „nicht selber“ beschließen, sondern diese auf einem „externen Wege“ an die Richterbesoldung koppeln. Wer unentschuldigt bei Sitzungen fehlt, dem – und das ist neu – wird künftig diese Pauschale um 75 Euro gekürzt.

Wie Nebeneinkünfte zu melden sind, wird künftig nicht mehr in der Geschäftsordnung des Landtags, sondern direkt im Abgeordnetengesetz geregelt.

Gendergerechte Sprache lehnt die AfD ab, die übrigen Fraktionen halten diese, in den von ihnen vorgesehenen Grenzen, für zeitgemäß.

Darf die Entschädigung von Abgeordneten gepfändet werden? Bislang war das nicht der Fall. Abgeordnete sind nur ihrem Gewissen verpflichtet. Um ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten, ist

der Anspruch auf eine Entschädigung unverzichtbar, nicht einmal ein freiwilliger Verzicht ist möglich. So steht es in Art. 22 Absatz 3 Satz 2 der Landesverfassung. Dies sei nicht mehr zeitgemäß. Denn zwar solle das Parlament geschützt werden, so Torsten Koplín von der Fraktion DIE LINKE, aber gleichzeitig sei es weder vermittelbar noch gerecht, wenn Abgeordnete von Pfändungen aufgrund der Immunität komplett ausgenommen wären. Die neue Regelung besagt, dass ein Viertel der Diäten übertragen und damit gepfändet werden darf. Bis auf die AfD, die eine komplette Übertragbarkeit forderte, stimmten alle Fraktionen dieser Regelung zu. Da dieser Anspruch laut Landesverfassung „unverzichtbar“ ist, wurde diese in einem Punkt geändert.

• *Gesetzentwürfe der Fraktionen SPD, CDU, DIE LINKE und FDP auf den Drucksachen 8/10 und 8/6 sowie Beschlussempfehlungen und Berichte des vorläufigen Aus-*

Die Änderungen im Einzelnen:

Drei Eckpunkte regeln die Arbeit des Landtags MV. Als Erstes die Landesverfassung. Durch Volksentscheid stimmten 1994 die Menschen in MV dieser zu. Zweitens die Geschäftsordnung. Diese wird zu Beginn jeder Wahlperiode neu beschlossen. Drittens das Abgeordnetengesetz. Das regelt die Rechte und Pflichten der Abgeordneten.

Entschädigung

- Die Entschädigung für Abgeordnete richtet sich nach der Richterbesoldung (R2). Sie liegt dementsprechend bei 6.466,30 Euro im Monat. *Abgeordnetengesetz § 6 Absatz 1 Satz 3*

Kostenpauschalen

- Die allgemeine Pauschale steigt von monatlich 1.500 Euro auf 2.000 Euro. Grund ist der erhöhte Aufwand.
- Die Pauschale für die Erstausrüstung von Wahlkreisbüros steigt von 2.550 Euro auf 3.500 Euro. Grund sind gestiegene Preise.

- Abgeordnete, die in der vorherigen Wahlperiode bereits einen Zuschuss erhalten haben, können max. 1.500 Euro Zuschuss beantragen. *Abgeordnetengesetz § 9 Absatz 3 Satz 2*

- Die Kostenpauschale für Ausschussvorsitzende steigt von 450 Euro auf 600 Euro. *Abgeordnetengesetz § 12 Absatz 2 Satz 1*

Unentschuldigtes Fehlen

- Abgeordneten, die unentschuldig im Plenum fehlen, wird die monatliche Kostenpauschale um 50 Euro bzw. 75 Euro pro Tag gekürzt. *Abgeordnetengesetz § 11 Absatz 3*

Altersregelungen

- Altersentschädigung enthält, wer die nach Landesbeamtengesetz geregelte Altersgrenze erreicht. Damit gelten für Abgeordnete die gleichen Regeln wie für Landesbeamte. *Abgeordnetengesetz § 17*
- Stärker berücksichtigt werden bei der Altersversorgung die Zulagen der Abgeordneten. *Abgeordnetengesetz § 18*

Anzeigepflichten

- Mehr Transparenz sollen erweiterte Anzeigepflichten bringen. Innerhalb von drei Monaten müssen aktuelle und frühere Tätigkeiten, auch ehrenamtliche und Beteiligungen an Kapital- oder Personengesellschaften gemeldet werden. *Abgeordnetengesetz § 47a*

Erlöschen einer Fraktion

- Die bestehenden Regeln, wann eine Fraktion liquidiert wird, wurden überarbeitet. Unter anderem gilt, eine Fraktion verliert ihre Rechtsstellung auch dann, wenn die Partei, aus denen sich die Fraktionsmitglieder zusammensetzen, verboten wird. *Abgeordnetengesetz § 57*



Foto: Danny Gohlke

In der 8. Wahlperiode gehören Beate Schlupp (1. Vizepräsidentin), Birgit Hesse (Präsidentin) und Elke-Annette Schmidt (2. Vizepräsidentin) dem Präsidium des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern an.

schusses auf den Drucksachen 8/82 und 8/83 mit Änderungsanträgen auf Fraktion der AfD auf Drucksache 8/151, Drucksache 8/152, Drucksache 8/153, Drucksache 8/154 und Drucksache 8/155 sowie Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, FDP auf Drucksache 8/156.

konstruktiv sein. Auf einen rechtlichen Unterschied zwischen Ausschüssen oder dem Ältestenrat und dem Präsidium machte Torsten Koplín (DIE LINKE) aufmerksam. Das Präsidium sei kein Gremium mit eigenständiger parlamentarischer Funktion. Es gebe eine Landtagspräsidentin als Funktionsträgerin und Stellvertreterinnen.

Präsidium des Landtages

■ Das Präsidium des Landtages MV besteht – mit den Ausnahmen 2006 und 2011 – aus drei Personen. Derzeit sind das eine Präsidentin und zwei Vizepräsidentinnen. Das soll sich nach Ansicht der FDP ändern. Die beantragte, einen dritten Vizepräsidenten beziehungsweise eine Vizepräsidentin vorzusehen.

Vielfältiger sei der Landtag geworden mit der letzten Wahl. Sechs statt vier Fraktionen gäbe es und von diesen sei die Hälfte nicht im Präsidium vertreten, begründete David Wulff von der FDP den Antrag seiner Fraktion und sagte: „Wir wollen eine weitere Vizepräsidentin oder einen weiteren Vizepräsidenten bestimmen, damit die Verhältnisse hier in diesem Hause, die neuen Verhältnisse vernünftig abgebildet werden.“ Berücksichtigen könne man damit zwar immer noch nicht alle sechs Fraktionen, aber man wolle nicht gierig wirken, sondern

Weder aus der Geschäftsordnung noch aus einem anderen Regelwerk lasse sich ein solcher Anspruch ableiten, befand dagegen Philipp da Cunha von der SPD. Der Blick in die anderen Landesparlamente zeige unterschiedliche Regelungen. Einen Bedarf sehe seine Fraktion nicht. Sollte klar werden, dass die Aufgaben „mit drei Personen nicht [mehr] leistbar“ seien, könne später noch einmal neu entschieden werden, schlug Sebastian Ehlers von der CDU vor.

Horst Förster von der AfD störte sich an den Kosten einer weiteren Stelle, die mit einer Funktionszulage von 50 Prozent versehen ist. Notwendig wäre dies nur, wenn die beiden Vizepräsidentinnen überlastet wären. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthielten sich, die anderen Parteien außer der FDP stimmten dagegen. *Antrag FDP Drucksache 8/101*

Besonderer Ausschuss konstituiert

■ Am 19. Januar wurde der besondere Ausschuss nach Art. 52 Abs. 3 der Landesverfassung durch die Zweite Vizepräsidentin Elke-Annette Schmidt konstituiert und beriet unter dem Vorsitz von Michael Noetzel zum ersten Male.

Hintergrund der Konstituierung des besonderen Ausschusses ist, dass im Laufe dieser Wahlperiode das Amt von mindestens zwei Mitgliedern und zwei stellvertretenden Mitgliedern des Landesverfassungsgerichts endet.

Da die Mitglieder des Rechtsausschusses auch die Mitglieder des besonderen Ausschusses sind, ist es in dieser Funktion ihre Aufgabe, die Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Landesverfassungsgerichts, die durch den Landtag zu erfolgen hat, vorzubereiten. Im Landtag ist dabei eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder erforderlich, so dass eine fraktionsübergreifende Zusammenarbeit schon bei der Erarbeitung der Vorschläge erforderlich ist. Neben einer Reihe von allgemeinen Ausschussangelegenheiten wurde im Ausschuss daher vereinbart, dass versucht werden wird, sich noch im Frühjahr 2022 auf Kandidaten einigen zu können, um eine Überprüfung im ersten Halbjahr



Foto: Jens Büttner

Das Einschleppen der in Polen verbreiteten Tierseuche, Afrikanische Schweinepest, sollte ein kilometerlanger Zaun verhindern.

abzuschließen und dem Landtag entsprechende Wahlvorschläge zuleiten zu können.

Weniger Müll ins Meer

■ Die Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) traf sich zu ihrem 30-jährigen Jubiläum am 30. August 2021 digital. Die BSPC unterstützt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Ostseeraum. Abgeordnete aus elf nationalen und regionalen Parlamenten debattierten über die sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen durch die Covid-19-Pandemie, die Rolle einer friedlichen und verlässlichen Nachbarschaft, Demokratie in einer sich wandelnden Medienlandschaft sowie über den Klimawandel und die Sicherung der biologischen Vielfalt für künftige Generationen. Mit dabei für MV war Landtagsvizepräsidentin Beate Schlupp als Delegationsleiterin. Sie berichtete dem Landtag über die Konferenz. Beate Schlupp bedankte sich dafür, dass die Abgeordneten den Beschlüssen der Konferenz regelmäßig zustimmen. „Nur dadurch wird die Kontinuität unseres internatio-

nen Engagements im Ostseeraum gesichert.“ Die Konferenz diene auch dazu, Kommunikationskanäle offenzuhalten. Gerade im Hinblick auf die wachsenden Spannungen an der Grenze zu Belarus sowie an der ukrainischen Grenze sei dies wichtig.

Beschlüsse der BSPC:

Die Arbeitsgruppe Klimawandel und Biodiversität schlug Maßnahmen vor gegen die Überdüngung der Gewässer, für weniger Müll im Meer und für verminderten Schadstoffausstoß, auch bei Schiffen. Diese Maßnahmen waren Grundlage für den aktualisierten Ostsee-Aktionsplan. Dieser benennt die strategischen Umweltschutzziele bis 2030.

Klimaziele ließen sich nur global erreichen, so Beate Schlupp. Ohne lokales Engagement blieben sie bloßes Papier. Für dieses Engagement stehe die Stiftung Klima- und Umweltschutz MV.

Die Risiken durch Kampfmittelbelastung in der Ostsee sollen ebenfalls sinken. Das hat der Landtag auf seiner Sitzung im Mai beschlossen und ist damit verpflichtet, dieses Thema regelmäßig auf die Tagesordnung der BSPC zu setzen. Finanziert werden sollen die Maßnah-

men durch einen noch einzurichtenden internationalen Geberfonds.

Um den Schutz und die Stärkung der Demokratie im digitalen Zeitalter zu fördern, legt die Resolution Wert auf die Förderung und Stärkung der Medienkompetenz sowie den Opferschutz. Entwickelt werden soll ein internationaler Ethikkodex für den digitalen Wandel. Antrag der Fraktionen SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 8/109

Schweinepest soll Aufgabe nationaler Bedeutung werden

■ Die Geflügelpest tritt seit 2006 jährlich in MV auf. Die Afrikanische Schweinepest (ASP) ist im vergangenen Jahr erstmalig in MV nachgewiesen worden. Vor dieser sollte ein Schutzzaun Richtung polnische Grenze schützen. Dieser konnte die Ausbreitung bremsen. Mehr nicht. Die Seuchenzüge bedrohen nicht nur die Tiere selbst, sondern auch die tierhaltenden Landwirtschaftsbetriebe. Diese müssen ihr Fleisch „soweit es eben geht, weiter vermarkten können“,

erklärte Elisabeth Aßmann von der SPD in der Begründung des Antrags „Afrikanische Schweinepest und Geflügelpest wirksam bekämpfen“. Allein in den beiden Beobachtungsgebieten in MV stehen etwa 80.000 Schweine in den Ställen, ergänzte später Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus.

Die Fraktionen von SPD und DIE LINKE wollen deshalb, dass der Bund die ASP sowie die Vogelgrippe als Aufgabe von nationaler Bedeutung einstuft. Dann wäre er auch verpflichtet, sich an den durch die Seuchen entstehenden Kosten zu beteiligen. Das betrifft die Vorbeugung, Bekämpfung sowie die Folgekosten. Zweitens soll die Landesregierung mit den regionalen Partnern vernetzt effektive Maßnahmen zum Schutz vor einem Eintrag und einer Ausbreitung der ASP ergreifen. Drittens soll die Entwicklung und Zulassung von Impfstoffen gegen beide Seuchen forciert werden und zuletzt soll über alle Maßnahmen und Pläne der Landtag regelmäßig informiert werden.

Die CDU verwies auf eigene Anträge aus den Jahren 2013 und 2017 zur ASP und begrüßte den Antrag. Thomas Diener kam dabei auf die besondere Widerstandsfähigkeit des Virus zu sprechen, das sich auch über geräuchertes Fleisch oder Kleidung verbreite. Die Virusprünge über weite Strecken seien ein Indiz für eine menschliche Beteiligung bei dessen Ausbreitung. Das zeige, dass hier überregional gehandelt werden müsse. Alle Maßnahmen, von der intensiven Bejagung bis zum Bau von Schutzzäunen, könnten die Verbreitung des Virus aber nur verlangsamen. Die AfD fragte generell nach der „Sinnhaftigkeit“ des Zauns. Dauerhaft helfen, da sind sich alle Parteien einig, könne nur ein Impfstoff. An diesem wird im Friedrich-Löffler-Institut auf der Insel Riems in MV geforscht. Es werde „zwischen drei und vier Jahre“ dauern, bis ein Impfstoff zur Verfügung stehe, so Backhaus.

Der Antrag wurde angenommen bei Stimmenenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, ansonsten Zustimmung.

*Antrag SPD und DIE LINKE
Drucksache 8/90*

Wahlen

Mitglieder der 17. Bundesversammlung bestimmt

■ An der nächsten Wahl des nächsten Bundespräsidenten oder der nächsten Bundespräsidentin am 13. Februar 2022 werden 32 Wahlfrauen und –männer aus MV teilnehmen. Neben den 16 Bundestagsabgeordneten aus MV werden der Bundesversammlung 16 weitere Personen angehören, die der Landtag mittels Wahl am 16. Dezember 2021 bestimmte. Die Bundesversammlung ist ein nichtständiges Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland, dessen Aufgabe in der Wahl des Bundespräsidenten besteht. Sie setzt sich zusammen aus allen Mitgliedern des Deutschen Bundestages und ebenso vielen von den Volksvertretungen der deutschen Länder gewählten Wahlleuten. Die sechs im Landtag MV vertretenen Fraktionen reichten entsprechende Wahlvorschläge ein.

Gewählt wurden:

Auf Vorschlag der Fraktion SPD

1. Manuela Schwesig, MdL
2. Erwin Sellering
3. Ronald Keiler
4. Julian Barlen, MdL
5. Dr. Franziska Tanneberger
6. Dr. Jördis Frommhold
7. Lilly Blaudszun

Auf Vorschlag der Fraktion AfD

1. Dr. Werner Molik
2. Dr. Dieter Beck

Auf Vorschlag der Fraktion CDU

1. Liskow, Franz-Robert
2. Merkel, Dr. Angela
3. Renz, Torsten

Auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE

1. Oldenburg, Simone
2. Zöllner, Dirk

Auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1. Dr. Harald Terpe, MdL

Auf Vorschlag der Fraktion FDP

1. René Domke, MdL

*Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
Drucksache 8/157*

*Wahlvorschlag der Fraktion der AfD
Drucksache 8/96*

*Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
Drucksache 8/108*

*Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 8/159*

*Wahlvorschlag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN D
Drucksache 8/86*

*Wahlvorschlag der Fraktion FDP
Drucksache 8/133*

G 10-Kommission

■ Die Arbeit der G 10-Kommission bezieht sich auf den Artikel 10 des Grundgesetzes, in dem das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis festgeschrieben ist. Beschränkungen dieses Grundrechts in MV kann nur der Innenminister anordnen. Hält er eine solche Anordnung für erforderlich, muss er die G 10-Kommission des Landtages im Voraus darüber informieren. Nur bei Gefahr im Verzug darf er den Vollzug bereits vor der Unterrichtung des Parlamentes anordnen. Bei Beschwerden gegen solche Anordnungen entscheidet die G 10-Kommission über die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Beschränkungsmaßnahmen. Anordnungen, die die Kommission für unzulässig oder nicht notwendig erklärt, muss der Innenminister unverzüglich aufheben. Die Mitglieder der Kommission wurden am 16. Dezember 2021 gewählt.

*Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD
und DIE LINKE Drucksache 8/124*

*Wahlvorschlag der Fraktion der AfD
Drucksache 8/119*

*Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
Drucksache 8/129*

Parlamentarische

Fraktion Ordentliche Mitglieder

SPD	Prof. Dr. Robert Northhoff
DIE LINKE	Michael Noetzel
CDU	Katy Hoffmeister
FDP	David Wulff

Stellvertretende Mitglieder

SPD	Philipp da Cunha
DIE LINKE	Eva-Maria Kröger
CDU	Ann Christin von Allwörden
FDP	René Domke

Kontrollkommission

Die Parlamentarische Kontrollkommission ist für die Kontrolle der Landesregierung in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zuständig. Sie besteht in der Regel aus fünf Mitgliedern, die nicht der Landesregierung angehören dürfen. Als Mitglieder wurden am 16. Dezember 2021 gewählt: Philipp da Cunha (SPD), Ralf Mucha (SPD), Michael Noetzel (DIE LINKE), Torsten Renz (CDU) und Harald Terpe (BÜNDNIS90/Die Grünen). Der AfD-Kandidat Paul-Joachim Timm erhielt nicht die erforderliche Stimmenzahl. Ein Vorstoß der FDP, mit einer Änderung des Verfassungsschutzgesetzes die Mitgliederzahl zu erhöhen, wurde abgewiesen. Das Innenministerium hat die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde, das Lagebild und über Vorgänge von besonderer Bedeutung zu unterrichten. Die Parlamentarische Kontrollkommission kann zudem den Landesbeauftragten für den Datenschutz beauftragen, die Rechtmäßigkeit einzelner Maßnahmen der Verfassungsschutzbehörde zu überprüfen und der Kommission das Ergebnis der Überprüfung mitzuteilen. Der Vorsitz wechselt jährlich zwischen der parlamentarischen Mehrheit und der parlamentarischen Minderheit. Die Parlamentarische Kontrollkommission ist gemäß § 4 Satz 2 Gesetz zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes auch das Gremium zur politischen Kontrolle der Maßnahmen nach dem Artikel 10-Gesetz.

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD und DIE LINKE

Drucksache 8/125

Wahlvorschlag der Fraktion der AfD
Drucksache 8/120

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
Drucksache 8/127

Mitglieder SOG-Gremium gewählt

Um Gefahren für Leib, Leben oder Freiheit von Personen abzuwehren, darf die Polizei auch technische Mittel zur Erhebung personenbezogener Daten in oder aus Wohnungen oder aus Vertrauensverhältnissen einsetzen, wenn dies zuvor durch eine richterliche Anordnung genehmigt wurde, so besagt es das Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in MV. Über die Zahl und Art solcher Einsätze hat das Innenministerium das SOG-Gremium des Landtages jährlich zu informieren. Entsprechend unterrichtet das Justizministerium dieses Gremium über Maßnahmen, die auf der Grundlage der Strafprozessordnung (§ 100c Abs. 1 Nr. 3) erfolgten. Am 16. Dezember 2021 wählte der Landtag die Abgeordneten, die zukünftig diesem Gremium gemäß §48h des SOG-Gesetzes angehören. Gewählt wurden Martina Tegtmeier (SPD), Philipp da Cunha (SPD), Michael Noetzel (DIE LINKE) und Ann Christin von Allwörden (CDU). Der Vorsitz wechselt jährlich zwischen der parlamentarischen Mehrheit und der parlamentarischen Minderheit.

Wahlvorschlag der Fraktionen der SPD und DIE LINKE Drucksache 8/126

Wahlvorschlag der Fraktion der AfD
Drucksache 8/121

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
Drucksache 8/128

Die Gremien G 10-Kommission, Parlamentarische Kontrollkommission und das Gremium gemäß §48h des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern konstituierten sich am 12. Januar.

Neue Abgeordnete



Foto: © Anne Karsten

Steffi Pulz-Debler aus Parchim ist seit dem 4. Januar 2022 Mitglied des MV. Sie rückte für Simone Oldenburg nach, die mit Ablauf des 31. Dezember 2021 den Verzicht auf ihr Landtagsmandat erklärt hatte. Die Landeswahlleiterin hat Steffi Pulz-Debler als Listennachfolgerin der Landesliste der Partei DIE LINKE bestimmt und Landtagspräsidentin Birgit Hesse darüber unterrichtet. Die 40-jährige Steffi Pulz-Debler gehört erstmals dem Parlament an.



Foto: © Anne Karsten

Der Greifswalder **Daniel Seiffert** ist für Jacqueline Bernhardt, die mit Ablauf des 31. Dezember 2021 den Verzicht auf ihr Landtagsmandat erklärt hatte, in den Landtag MV nachgerückt. Die Landeswahlleiterin hat Landtagspräsidentin Birgit Hesse darüber informiert, dass der 38-Jährige mit Wirkung zum 4. Januar 2022 dem Parlament angehört. Daniel Seiffert ist erstmals Mitglied des Landtages.

Laufende Gesetzgebung

Stand: 05.01.2022

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/91	AfD	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer	–	1. Lesung: 15.12.2021 Ablehnung der Überweisung
8/97	FDP	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Mecklenburg-Vorpommern (Landesverfassungsschutzgesetz - LVerfSchG M-V)	–	1. Lesung: 15.12.2021 Ablehnung der Überweisung
8/98	FDP	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern (Sicherheits- und Ordnungsgesetz - SOG M-V)	–	1. Lesung: 15.12.2021 Ablehnung der Überweisung
8/99	FDP	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes	–	1. Lesung: 15.12.2021 Ablehnung der Überweisung

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 15. Dezember 2021 entschieden | Stand: 05.01.2022

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/6	Entwurf eines Siebzehnten Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes	SPD, CDU, DIE LINKE, FDP	1. Lesung: 26.10.2021 2. Lesung: 15.12.2021	Annahme
8/10	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	SPD, CDU, DIE LINKE, FDP	1. Lesung: 26.10.2021 2. Lesung: 15.12.2021	Annahme

Europas Plan gegen den Krebs

Tilo Gundlack, MdL, bei der 147. Plenartagung des EU-Ausschusses der Regionen



Staatspräsident Emmanuel Macron (r.) mit AdR-Präsident Apostolos Tzitzikostas

Foto: Landtag MV

Vom 1. bis zum 2. Dezember 2021 vertrat der Landtagsabgeordnete Tilo Gundlack Mecklenburg-Vorpommern online auf der 147. Plenartagung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) in Brüssel. Die Kommunal- und Regionalvertreter der EU führten unter anderem Debatten über die Entwicklung des ländlichen Raums, Obdachlosigkeit, den künftigen von Frankreich wahrgenommenen EU-Ratsvorsitz sowie über die Konferenz zur Zukunft Europas. Daran waren unter anderem der EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, Nicolas Schmit sowie der französische Staatspräsident, Emmanuel Macron beteiligt, der sich gegen eine Manipulation der Demokratie in der EU wandte. Außerdem debattierte der Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE), Leendert Verbeek, mit den AdR-Mitgliedern zum Thema Desinformation.

Am ersten Sitzungstag haben die AdR-Mitglieder drei Stellungnahmen und eine Entschließung zu den Themen besseren Rechtssetzung in der EU, EU-Plan gegen Krebs, Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2022 und EU-Aufbau- und Resilienzfähigkeit angenommen, nachdem der französische Staatspräsident, Emmanuel Macron, die Zielsetzungen der französischen Ratspräsidentschaft ab Januar 2022 vorgestellt hat.

Mit dem Plan gegen den Krebs hat die EU-Kommission angesichts der steigenden Zahl der Krebserkrankungen Leitinitiativen erarbeitet, die sich auf die Prävention, die Früherkennung, die



Stv. Vors. des AdR, Vasco Cordeiro

Diagnose und Behandlung sowie die Lebensqualität von Krebskranken und Krebsüberlebenden beziehen. Die AdR-Mitglieder begrüßten in der von ihnen angenommenen Stellungnahme die geplante Nutzung von Daten und Digitalisierung bei der Prävention sowie die Förderung von Wissen und Forschung, die u. a. in der Gründung eines Wissenszentrums für Krebs und der Einrichtung eines EU-Netzwerks onkologischer Spitzenzentren Ausdruck finden.

Weiterhin betonte die Stellungnahme, dass die Krebsvorsorge im Mittelpunkt stehe und daher Maßnahmen unterstützt werden, mit denen die Vorteile einer gesunden Lebensweise hervorgehoben werden. Neben der Begrüßung der im September 2021 eingeleiteten EU-Kampagne HealthyLifestyle4All wurde außerdem das Vorsorgeprogramm zur gezielten Krebsfrüherkennung für lobenswert erachtet, sei aber möglichst bald auf andere Krebsarten auszuweiten.



AdR-Mitglied Enzo Bianco für einen "wachen" AdR in der EU-Zukunftskonferenz

Die AdR-Mitglieder forderten, dass lokale und soziale Unterstützungsmaßnahmen vorgesehen werden sollten, um die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für informell pflegende Angehörige zu verbessern. Außerdem wurde das Fehlen von regional aufgeschlüsselten Daten bezüglich der Inzidenz und Sterblichkeit kritisiert, die für die Ermittlung von Trends und Ungleichheiten bei der Vorsorge erforderlich seien. Es dürfe zu keiner Benachteiligung von Menschen wegen ihres Wohnortes kommen, Präzisionsmedizin müsse überall geleistet werden, unterstrichen die AdR-Mitglieder in der Debatte, und



Tilo Gundlack, MdL (o.l.) mit AdR-Präsident Apostolos Tzitzikostas

Foto: Landtag MV

das geplante Register der Ungleichheiten bei der Verbesserung der Vorbeugung und Behandlung sollte bald lanciert werden.

Die AdR-Mitglieder setzten sich ferner dafür ein, dass eine EU-Strategie für Palliativmedizin ausgearbeitet und dass der Plan gegen den Krebs durch Initiativen ergänzt werde, die den Aufbau qualitätsgesicherter Nachsorgeregister fördern. Die Stellungnahme regte ferner eine gemeinsame Beschaffung für Krebsarzneimittel an und forderte einen fairen Zugang der Patienten zu Finanzdienstleistungen.

Die Mitgliedstaaten werden aus dem neuen, ambitionierten Programm EU-4Health und aus anderen EU-Instrumenten umfangreiche Mittel in Höhe von 4 Mrd. EUR zur Unterstützung ihrer Bemühungen erhalten, ihre Gesundheitssysteme belastbarer und besser für die Krebsbekämpfung geeignet zu machen.

„Mit den Behandlungs- und Forschungsstandorten der Universitätsmedizin Greifswald und der Universitätsmedizin Rostock kann Mecklenburg-Vorpommern aktiv zu Europas Plan gegen den Krebs beitragen. Die Vernetzung, der Wissensaustausch und der Erkenntniszuwachs verbessern weiter die onkologische Versorgung im Land“, so der Landtagsabgeordnete Tilo Gundlack.

Insgesamt wurden zehn Stellungnahmeentwürfe und zwei Entschlüsse von den AdR-Mitgliedern verabschiedet. Weitere Informationen zum EU-Aktionsplan für ökologische Landwirtschaft oder zum Europäischen Jahr der Jugend 2022 finden sie online.



Sitzung kurz vor Weihnachten

■ Der Finanzausschuss des Landtages hat am 23. Dezember 2021 seine zweite Sitzung in der noch jungen 8. Wahlperiode durchgeführt und unter anderem vier Stellen beim Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (LfDI) entsperrt. Hintergrund der Ausschussbefassung war, dass im Stellenplan des LfDI – mithin im Kapitel 0102 des Einzelplans 01 (Landtag) des Landeshaushalts – verschiedene Stellen mit einem Haushaltssperrvermerk versehen waren. Gemäß diesem Haushaltsvermerk kann der Finanzausschuss im Ergebnis einer Prüfung durch den Landesrechnungshof, ob und inwieweit diese Stellen für die Aufgabenerfüllung erforderlich sind, die entsprechenden Stellen einzeln per Ausschussbeschluss entsperren.

Anschließend hat sich der Finanzausschuss aufgrund der aktuellen Corona-Lage mit verschiedenen Vorlagen des Finanzministeriums zur Freigabe oder Umschichtung von Mitteln aus dem Sondervermögen MV-Schutzfonds befasst. Dabei handelte es sich unter anderem um Mittel zur Aufstockung des Förderprogramms des Landes „Luftqualität an Schulen“ zur Anschaffung von CO₂-Ampeln, Luftreinigungsgeräten oder anderen luftverbessernden Geräten. Ferner wurden Mittel für die Beschaffung weiterer Selbsttests in 2022 für Schulen zur Aufrechterhaltung des Präsenzunterrichts freigegeben. Eine weitere Vorlage betraf die sogenannte Neustart-Prämie, für die der Finanzausschuss weitere Mittel für 2021 für noch vorliegende aber bisher nicht beschlossene Anträge sowie für Januar bis März 2022 freigegeben hat.

In einem weiteren Tagesordnungspunkt hat der Finanzausschuss zur Situation bei den MV-Werften beraten. Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes

wurde entsprechend dem Verfahren der bisherigen Ausschussbefassungen zu diesem Thema entsprechend der Geheimschutzordnung des Landtages als VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH eingestuft.

Neuer Vertreter

Michel-Friedrich Schiefler (SPD) vertritt den Sozialausschuss im Landesjugendhilfeausschuss

■ Auf seiner zweiten Sitzung, die als Sondersitzung am 15. Dezember 2021 stattfand, hat der Sozialausschuss als beratendes Mitglied Michel-Friedrich Schiefler für den Landesjugendhilfeausschuss und als stellvertretendes Mitglied Christian Albrecht (DIE LINKE) für die 8. Wahlperiode bestimmt. Der Sozialausschuss entsendet insgesamt ein beratendes Mitglied in dieses Gremium. Der Landesjugendhilfeausschuss befasst sich mit allen Angelegenheiten der Jugendhilfe, insbesondere der aktuellen Lage junger Menschen in MV, unter anderem durch: Erörterung aktueller Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien, Anregungen und Vorschläge zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe, Jugendhilfeplanung und Förderung der freien Jugendhilfe. Ihm gehören 15 stimmberechtigte sowie beratende Mitglieder aus unterschiedlichen Institutionen und Behörden an.

Foto: Uwe Sinnacker



v.l.n.r.: Ann Christin von Allwörden (CDU), Ralf Mucha (SPD), Landtagspräsidentin Birgit Hesse, Falko Beitz (SPD), Martina Tegtmeier (SPD, Vorsitzende), Julian Barlen (SPD), Constanze Oehlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Michael Noetzel (DIE LINKE), René Domke (FDP), Paul-Joachim Timm (AfD)

PUA NSU II Rechtsextremismus

Vorsitzende:

Martina Tegtmeier (SPD)

Stellv. Vorsitzender:

Paul-Joachim Timm (AfD)

Ausschussekkretariat:

Max Wilcke

Tel.0385 / 525 1591

Fax 0385 / 525 1625

Mail pu1wp8mail@landtag-mv.de

	Ordentliche Mitglieder	Stellv. Mitglieder
SPD	Julian Barlen Falko Beitz Ralf Mucha Martina Tegtmeier	Christian Brade Philipp da Cunha Bernd Lange Prof. Dr. Robert Northoff
AfD	Paul-Joachim Timm	Jan-Phillip Tadsen
CDU	Ann Christin von Allwörden	Sebastian Ehlers
DIE LINKE	Michael Noetzel	Christian Albrecht
B90/GRÜNE	Constanze Oehlich	Dr. Harald Terpe
FDP	René Domke	David Wulff

Der 1. Parlamentarische Untersuchungsausschuss der 8. Wahlperiode zur Aufklärung der NSU-Aktivitäten sowie weiterer militant rechter und rechts-terroristischer Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern beleuchtet unter anderem die Aktivitäten des NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) in MV und dessen mögliche Unterstützernetzwerke sowie die Arbeit der Sicherheitsbehörden in unserem Land. Außerdem sollen weitere militant rechte Strukturen aufgeklärt werden. Die zentrale Frage des Untersuchungsausschusses lautet dabei, welche Erkenntnisse den Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden dazu vorlagen oder hätten vorliegen müssen und zu welchen Maßnahmen sie geführt haben.

Die Grundlage der Arbeit des Untersuchungsausschusses liefert dabei der NSU-Untersuchungsausschuss der 7. Wahlperiode, dessen gewonnene Erkenntnisse sowie umfangreiche Aktenbestände in die Untersuchung miteinbezogen werden. Dieser Untersuchungsausschuss beschäftigte sich insbesondere mit dem rassistisch motivierten Mord des NSU an Mehmet Turgut am 25. Februar 2004 im Rostocker Stadtteil Toitenwinkel. Das NSU-Trio tötete bundesweit neun weitere Personen, verübte zwei Sprengstoffanschläge und beging 15 Raubüberfälle, zwei davon in unserem Bundesland. Trotz intensiver Aufklärungsbemühungen sind am Ende viele Fragen offengeblieben, weshalb sich der Landtag entschlossen hat,

seine Arbeit fortzuführen und in der 8. Wahlperiode einen weiteren Untersuchungsausschuss einzusetzen. Einen entsprechenden Einsetzungsbeschluss hat der Landtag in seiner 5. Sitzung am 16. Dezember 2021 gefasst.

Dem Untersuchungsausschuss ist aufgegeben, auf Grundlage seiner Erkenntnisse Empfehlungen für Struktur, Zusammenarbeit und Befugnisse der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden zu erarbeiten. Er stärkt damit die demokratische Zivilgesellschaft und die Prävention gegen Rechtsextremismus und trägt dazu bei, dass Rassismus, Rechtsextremismus und Gewalt der Nährboden entzogen wird.

Schon gewusst?

Parlamentsdatenbank und
Bibliothek des Landtages MV

■ Wie viele Kleine Anfragen wurden in der laufenden Wahlperiode gestellt? Gab es einen Antrag zu einem bestimmten Thema bereits in einer vergangenen Wahlperiode? Wie lang dauerte die längste Landtagssitzung? Und gab es auch lustige Momente im Plenum?

Diese und viele andere Fragen werden an die Dokumentation des Landtages Mecklenburg-Vorpommern gerichtet. Und umgehend beantwortet. Grundlage für alle Recherchen ist die Parlamentsdatenbank, in der seit der ersten Landtagssitzung am 26. Oktober 1990 alle Parlamentsmaterialien verzeichnet, inhaltlich erschlossen und zu Beratungsvorgängen zusammengefasst werden.

Die Parlamentsdatenbank ist aber nicht nur ein interner Wissensspeicher. Sie steht über die Homepage des Landtages allen Interessierten zur Verfügung. Die Drucksachen sind im Volltext seit der 1. Wahlperiode, die Plenarprotokolle ab der 3. Wahlperiode verfügbar. Die Ausschussprotokolle werden allerdings nicht angezeigt. Hier besteht die Möglichkeit, Protokolle zurückliegender Wahlperioden im Landeshauptarchiv einzusehen.

www.dokumentation.landtag-mv.de/Parldok/

Seit 2014 werden ergänzend auch die Videoaufzeichnungen der Landtagssitzungen sowohl im YouTube-Kanal des Landtages als auch in der Parlamentsdatenbank gespeichert. Es können also zu einem parlamentarischen Vorgang nicht nur die Dokumente, sondern auch die dazugehörigen Debatten angesehen werden.

www.youtube.com/channel/UCF486pXlF6uvhDE1JAYGxpg



Foto: Landtag MV/Bibliothek

Was möchten Sie
wissen?

- Bibliothek • Dokumentation • Medienspiegel
- Archiv

DIE PARLAMENTARISCHEN
INFORMATIONSDIENSTE

Die Parlamentsdokumente sind sofort nach der Erfassung über die Parlamentsdatenbank recherchierbar und auch der aktuelle Beratungsstand ist jederzeit über die Datenbank abrufbar. Die Veröffentlichung der Videos erfolgt, je nach Dauer der Landtagssitzung, ein bis zwei Tage nach der Sitzung.

Die Datenbank bietet verschiedene Suchmöglichkeiten. Sollten Sie dennoch das Gesuchte nicht finden, können Sie sich telefonisch oder per E-Mail an die Landtagsbibliothek wenden oder auch die Bibliothek in der 1. Etage des Schweriner Schlosses besuchen. Da die Dokumentation ebenso wie die Bibliothek, das Archiv und der Medienspiegel zu den Parlamentarischen Informations-

diensten gehören, laufen in der Landtagsbibliothek alle Informationen zusammen und können hier recherchiert werden.

Kontakt:

Tel.: 0385 / 525-2144

Fax: 0385 / 525-2178

bibliothek@landtag-mv.de

Unser Service für Sie:

- Auskunft zum Stand und zum Inhalt parlamentarischer Initiativen
- Themenbezogene Recherchen
- Statistische Auswertungen
- Informationen zum Stand der Gesetzgebung



Hier finden sie die Parlamentsdatenbank des Landtages MV.



Hier finden sie die Aufzeichnung der Plenardebatten.



- ▶ Kennen Sie schon den dpa-Ticker auf der Startseite des Landtages? Erhalten Sie jederzeit die neuesten Meldungen der Deutschen Presseagentur aus Mecklenburg-Vorpommern und bleiben Sie über wichtige Themen auf dem Laufenden – ob am Arbeitsplatz, im Home-Office oder von unterwegs. Sie finden den dpa Ticker auf der Startseite unter www.landtag-mv.de oder unter dem Punkt AKTUELLES.



- ▶ Das Jahr 2022 startete im Landtag wieder traditionell mit der Würdigung des Engagements der Sternsinger: Landtagspräsidentin Birgit Hesse begrüßte am 6. Januar stellvertretend vier Sternsingerkinder der Schweriner Kindertagesstätte St. Anna im Schweriner Schloss, um ihnen für ihren besonderen Einsatz für Kinder und Jugendliche weltweit in Not zu danken. Als Heilige Drei Könige und als Sternenträger gekleidet, zogen die Kinder mit Dr. Norbert Nagler, dem Leiter des Katholischen Büros in MV, in das Schloss ein. Trotz der Pandemie haben auch in diesem Jahr viele Kinder im Rahmen der Dreikönigsaktion in ganz Mecklenburg-Vorpommern gesungen, Segen angebracht und Spenden für Kinder in Not gesammelt.

- ▶ Nach ihrer Ankunft haben die Sternsinger Lieder im Innenhof des Schlosses vorgetragen. Über diese Einlage erfreute sich die Landtagspräsidentin Birgit Hesse sehr. „Ihr zeigt uns Erwachsenen, worauf es ankommt auch in schwierigen Zeiten: Mitgefühl zu zeigen und denen zu helfen, die Hilfe brauchen. Außerdem beweist Ihr, was möglich ist, wenn Einzelne sich an vielen Orten dafür einsetzen, unsere Welt ein wenig besser zu machen“, würdigte sie die Teilnahme der Kinder an der Aktion.

- ▶ Daraufhin begleitete Birgit Hesse die Kinder zur Segenbringung am Portal des Schweriner Schlosses und an der Tür zu ihrem Büro.